

**Linke Parteien
und Kooperationen
in Europa
ein Überblick**



2,50 €

Hamburger Skripte 10

Linke Parteien und Kooperationen in Europa - ein Überblick

Vorwort	Seite 3
Einleitung	Seite 4
Anforderungen an linke Politik	Seite 12
Kooperationen: NELF, GUE/NGL, ELP, NGLA, EAL	Seite 16
Kurzinformationen zu Linksparteien in Europa.....	Seite 29

Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

Hamburg, Oktober 2004

2,50 €

Bestellhinweise

Die Hamburger Skripte können in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu ist entweder eine Einzahlung auf unser Konto (Hamburger Bank – BLZ 20190003 – Kto. 88169707) oder die Einsendung von Briefmarken jeweils in Höhe des Einzelpreises zzgl. 1,44 € Porto an unsere Anschrift erforderlich. Außerdem können die Hamburger Skripte kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.

Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.

Hamburger Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.

c/o Treffpunkt St. Georg | Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg | Telefon 0179 –273 28 44
info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de | www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Vorwort

Die (Ost-)Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai, die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni und die Debatte um den „Europäischen Verfassungsentwurf“ haben in diesem Jahr mit Macht das Thema Europa auf die Agenda der bundesdeutschen Politik gesetzt. Deutlicher als bislang wird die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Union und das Gewicht der dortigen Entscheidungen mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Gestaltung hiesiger Gesellschafts- und Lebensverhältnisse wahrgenommen.

In einem Mißverhältnis hierzu stehen die Wahrnehmung linker Parteien und Kooperationen und die Kenntnis über ihre Vielfalt und inhaltliche wie organisatorische Ausgestaltung. Als Beispiel hierfür sehen wir, daß die Gründung der *Europäischen Linkspartei* und die ihr innewohnenden Chancen für die Erneuerung der politischen Linken auch in der Bundesrepublik, weitgehend ignoriert wurden.

Das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk setzte im Sommer 2004 hier einen Schwerpunkt seines Programms. Neben Veranstaltungen zur *Europäischen Linkspartei* und dem EU-Beitritt der Türkei diskutierten in der Reihe *Soziale Konflikte in Europa* Referentinnen und Referenten aus Frankreich, Italien, Dänemark, Österreich darüber, wie die Menschen dort auf die Auswirkungen neoliberaler Politik reagieren. Wie entwickelt sich Protest und Widerstand? Was ist der Kern der neoliberalen Projekte und worin bestehen die Übereinstimmungen mit der Auseinandersetzung um die Agenda 2010?

Axel Lochner¹, der diese Ausgabe der *Hamburger Skripte* zusammengestellt hat, vermittelt einen Überblick über linke Parteien und Kooperationen in Europa. Die Informationen, aber auch die persönliche Sichtweise des Autors, sollen zur weiterführenden Beschäftigung und kritischen Auseinandersetzung anregen. Hierzu dienen auch die zahlreichen Hinweise auf informative Websites.

Diese Publikation entstand mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Cornelia Hildebrandt danken wir für die Möglichkeit Teile ihres Manuskriptes abzdrukken.

Meinhard Meuche-Mäker
Rosa-Luxemburg-Bildungswerk e.V.

¹ Axel Lochner ist Mitglied im Beirat des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Hamburg

Axel Lochner

Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick

1. Einleitung

„Die EU umfasst 450 Millionen Menschen, aus 25 Ländern. Das ist nicht bloß ein wirtschaftlicher Fakt, sondern ein politisch unerhörter Prozess des Zusammenschlusses. Die EU ist die größte Volkswirtschaft der Welt - um 100 Milliarden Dollar stärker als die USA. Die EU ist die größte Exportmacht der Welt. Sie hat den größten internen Markt. 61 der 150 größten Unternehmen kommen aus Europa, aus den USA nur 50. Die wichtigsten Banken kommen aus Europa. Es dominiert die Luftfahrt- und die Chemieindustrie“ (Jeremy Rifkin)²

Rund 60 europäische Parteien, die im politischen Spektrum links von Sozialdemokratie und Grünen angesiedelt sind, agieren heute in Europa. Ein nennenswerter Teil von ihnen hat sich in europäischen Netzwerken unterschiedlicher Couleur zusammen gefunden. Zu den wichtigsten europäischen Kooperationen der nichtsozialdemokratischen Linken gehören dabei als älteste (gegründet nach den EU-Wahlen 1989) die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europaparlament (GUE/NGL), das 1991 gebildete Forum der Neuen Europäischen Linken (New European Left Forum – NELF) mit 18 Parteien, die am 1.2.2004 formierte Nordisch Grün-Linke Allianz von 5 skandinavischen Links-Parteien sowie die aus rund 15 überwiegend kleineren und vorzugsweise aus dem trotzkistischen Spektrum stammende Europäische Antikapitalistische Linke (EAL). Eher „traditionelle“ Kommunistische Parteien finden sich, insbesondere auf Initiative der Griechischen KP, zu regelmäßigen Treffen zusammen (zuletzt vom 8.-10. Oktober 2004 in Athen unter Teilnahme von 64 KPen aus allen Kontinenten, siehe: <http://solidnet.org/>), ohne jedoch bisher einen formellen Zusammenschluss zu bilden. Jüngste Struktur ist die am 9. Mai 2004 in Rom gegründete Europäische Linkspartei (ELP), der gegenwärtig 14 Parteien mit zusammen rund 500.000 Mitgliedern angehören. Die nicht-sozialdemokratische Linke ist – von Ausnahmen wie Zypern (AKEL) abgesehen – in den allermeisten Ländern Europas ein **Thema für Minderheiten**, einige Parteien sind nur als „Splitterparteien“ oder „Zirkel“ zu bezeichnen. Aber die Linke konnte bei den jüngsten EU-Wahlen gut 10 Millionen Menschen zur Stimmabgabe für sich gewinnen, in einigen wenigen Ländern mit bemerkenswert positiven Resultaten.

² aus einem Interview der taz mit dem US-amerikanischen Sozialwissenschaftler und Leiter der Foundation on Economic Trends in Washington, 30.9.2004, Seite 12

Die verschiedenen Zusammenschlüsse (und auch die innere Differenziertheit der jeweiligen Kooperationen und beteiligten Organisationen selbst) widerspiegeln die **Vielfalt der europäischen Linken** und die Unmöglichkeit einer politisch-inhaltlichen und organisatorischen Vereinheitlichung. Überall ist der für alle Schattierungen der Linken typische Drang nach ideologischer Rechthaberei und Abgrenzung verbunden mit geradezu masochistischer Spaltungsbereitschaft nach wie vor vorhanden. Beispiele: die tschechische KP (KSCM) verließ den Gründungsparteitag der EL und nimmt vorerst wie auch die KP der Slowakei nur einen Beobachterstatus ein; in Griechenland wurde kurz vor der EU-Wahl flugs noch eine Abspaltung von SYNASPISMOS zur Kandidatur gebracht; in Spanien gibt es heftigen Streit über die Ausrichtung der Vereinigten Linken, der den zum Jahresende vorgesehenen IU-Kongress prägen dürfte; die KP Russlands – sofern man sie wegen ihrer z.T. extrem nationalistischen und antisemitischen Tendenzen überhaupt zur Linken zählen will - hat sich Anfang Juli gespalten (vgl. W. Gerns in: junge welt, 16.7.04 sowie Boris Kagarlitzky, Die Chance der Erben, Freitag Nr.41), Großbritannien schmückt sich mit mindestens fünf kommunistischen und diversen trotzkistischen (Kleinst-) Parteien. Vereinzelt sind auch gegenläufige Trends erkennbar: in Polen - einem Land mit ausgesprochen bescheidener linker Infrastruktur – ist derzeit die „Union der Linken“ im Entstehen begriffen, die sich aus vier kleineren linken Parteien zusammensetzen. Gleichwohl: Jede Hoffnung auf eine Art grenzüberschreitender „Einheitspartei der Linken“ in Europa ist und bleibt illusionär.

Umso wichtiger ist es, die positiven **Erfahrungen** der jeweiligen Parteien **zur Kenntnis zu nehmen** und aus dem Vergleich zu lernen. Diese sind naturgemäß ausgesprochen unterschiedlich, wie in den Kurzbeschreibungen einzelner Parteien in dieser Übersicht nachzulesen ist und natürlich sind diese Erfahrungen in erheblichem Umfang gerade nationalen Besonderheiten und konkreten Politik-Konstellationen geschuldet, die hier nicht erörtert werden können (Hintergrundinformationen finden sich u.a. auf der website <http://left-parties.liquidbytes.net/>, beispielhaft die Studien von Mimmo Porcaro, „Der Fall Italien: vom Vergleich zwischen Parteien zum Vergleich zwischen Handlungssystemen“ und Peter Birke, „Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten; zu osteuropäischen Staaten bietet Informationen die Website der Friedrich-Ebert-Stiftung unter <http://www.fes.de/organisation/europe/info/>). Nachfolgend Stichworte zu aus meiner Sicht interessanten Aspekten.

In welchem Kontext ist die jeweilige inter-/nationale Politik der verschiedenen linken Parteien angesiedelt? Welches Selbstverständnis liegt mithin linker Kooperation zugrunde?

Stichwort internationale Politik: Die überwiegend „trotzkistisch“ orientierte Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) beschreibt ihren Ansatzpunkt folgendermaßen (Zitate aus der „Erklärung der 7. Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken“, 10./11.11.2003 in Paris): „ Blair und Schröder... erinnern uns daran, worin wahre sozialdemokratische Politik besteht. Die wichtigeren grünen Parteien in der EU sind in ihre Fußstapfen getreten... Die globalisierungskritische Bewegung hat aus der langen zwanzigjährigen Sackgasse heraus geführt und eine Alternative für die Linke

und eine emanzipatorische Perspektive geschaffen. Eine neue politische Generation tritt an. ... Land für Land schlagen wir die Bildung einer starken, breiten und pluralistischen antikapitalistischen Alternative vor, die sich für die Forderungen und Perspektiven der europäischen sozialen Bewegung einsetzt. ... Zum ersten Mal seit 25 Jahren hat sich ein ausgedehntes protestierendes, internationalistisches und antikapitalistisches Milieu herausgebildet und zwar weltweit, unterschiedlich von Land zu Land. Niemand, keine politische Partei ist dazu in der Lage, diese stolze und bewusste Kraft aufzufangen und zu manipulieren. ... Es gilt, auf einer radikalen, einheitsorientierten und pluralistischen Basis zusammenzuarbeiten. Die Europäische Antikapitalistische Linke will hierzu ohne Arroganz beitragen. Sie unterscheidet sich nicht von der sozialen Linken; sie ist Teil der sozialen Linken. Wir sind von Anfang an in der sozialen Bewegung und in der Bewegung für eine andere Globalisierung gewesen, um sie mit aufzubauen und zu stärken. Unser Projekt spiegelt die verschiedenen Kräfte der sozialen Bewegung wider: Es ist antikapitalistisch und ökologisch, antiimperialistisch und gegen den Krieg, feministisch und für die und von den BürgerInnen, antirassistisch und internationalistisch. Als Alternative zum Kapitalismus sind wir für eine sozialistische und demokratische, selbstverwaltete und von unten bestimmte Gesellschaft, ohne Ausbeutung der Arbeit und Unterdrückung der Frauen, basierend auf dauerhafter Entwicklung und nicht auf einem "Wachstumsmodell", das den Planeten bedroht“.

Die Griechische KP – die in besonders prononcierter Weise die Position der „orthodoxen“ kommunistischen Parteien zum Ausdruck bringt – bezweifelt einen solchen Ansatz grundlegend: „Von diesem Standpunkt aus sollten wir niemals vergessen, dass wir in einer Klassengesellschaft leben und der Klassenkampf die treibende Kraft des sozialen Fortschritts darstellt. Konsequenterweise hat für uns die schlichte Beschreibung sozialer Phänomene in Begriffen sozialer Bewegungen keine große Bedeutung, weil diese vom Klassenzusammenhang abstrahiert. Noch weniger akzeptabel ist die Trennung der politischen von der sozialen Basis und die Rede von politischen Bewegungen ohne deren Bezug zu den sozialen Kräften, die sie repräsentieren. Die Begeisterung, mit der - im Zusammenhang der Anti-Globalisierungsbewegung – soziale Kräfte und deren politischer Ausdruck künstlich getrennt werden, hat nur den Zweck, Verwirrung zu stiften und die sozialen Kräfte von sozialen Veränderungen abzuhalten bzw. sie auf systemstabilisierende Reformen zu orientieren, die das System in seiner Existenz nicht treffen und stattdessen die Frage grundlegender sozialer Veränderungen zurückwerfen. Das ist der Grund, warum einige vorgeben, das Rad neu erfunden zu haben und behaupten, die Arbeiterbewegung sei eine Sache des vergangenen Jahrhunderts. Sie wollen die Klassenstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft verwischen und uns dazu bewegen, von Bürgern zu sprechen statt in Kategorien von Ausbeutern und Ausgebeuteten. ... Die Anti-Globalisierungsbewegung in ihrer Vielgestaltigkeit, die große Zahl oftmals obskurer NGOs, die dazu gehören, die Vielzahl der aufgeworfenen Themen, der Mangel an Klassenbezug, die sozialdemokratischen oder trotzkistischen Bemühungen, die Bewegung in ihrem Sinne zu steuern – all das gibt dem Internationalismus unseres Kampfes neue Bedeutung. Aber dieser Internationalismus wird keine Ergebnisse bringen, solange im jeweiligen nationalen Rahmen keine machtvolle Volksbewegung, keine klassenbewußte Arbeiterbewegung und keine starke kommunistische Partei

mit einer richtigen Bündnispolitik existieren, die die Machtfrage im Sinne der Arbeiterklasse stellen und das Land aus dem internationalen imperialistischen System herausbrechen. Heutige Schwierigkeiten und Schwächen sollten nicht zu theoretischen Prinzipien erhoben werden, denen zufolge der nationale politische Rahmen erledigt und nicht mehr aktuell sei. So, wie die ungleiche Entwicklung zunimmt, so wird auch der Kampf nicht den gleichen Wegen folgen. Umso wichtiger ist, dass die Bewegungen im nationalen Rahmen so weit wie möglich voran kommen und signifikante Veränderungen und Umbrüche erreichen, die zu einer Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses beitragen. ... Die KPG hat ihre prinzipielle Ablehnung gegenüber Parteien auf europäischer Ebene deutlich gemacht, einschließlich der Bemühungen, eine Europäische Linkspartei zu schaffen. Wir glauben nicht, dass Koordinierung und gemeinsame Aktionen kommunistischer Parteien und breiter Kräfte der Linken das Dach der EU benötigen. ... Wir schlagen deshalb die Formierung eines ausdrücklich kommunistischen Poles vor, der zugleich seinen Beitrag leistet zur Schaffung eines breiten antiimperialistischen Bündnisses...“ (Costas Allissandrakis, Mitglied des ZK der KPG in einer Rede bei einem Seminar kommunistischer Parteien Europas und Lateinamerikas in Chile vom 9.- 11.1.2003, Übersetzung durch den Verfasser).

In einem bereits etwas älteren Dokument (Beschluss der Nationalen Leitung vom 29.7.2000) hat die italienische Rifondazione Comunista ihre Sicht der Dinge u.a. so beschrieben: „Die Krise der Nationalstaaten ist für alle ersichtlich. Nicht im Sinne ihres Absterbens, sondern in der tief greifenden Veränderung ihrer Rolle. Kurz gesagt: Es vollzieht sich der Übergang vom souveränen Staat, der – obwohl in das kapitalistische System integriert – in stande war, zum Aufbau des ökonomischen und sozialen Modells beizutragen ... zu einem Staat, der Verwalter ist einer Politik, die außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. ... Unsere Auffassung von einer Politik für Europa etwa beruht nicht auf einer irrigen und illusorischen Perspektive der Entwicklung von Widersprüchen zwischen einem vermeintlich europäischen Kapitalismus und einem sich unterscheidenden amerikanischen. Auch deshalb, weil es kein multinationales Unternehmen mit Verwaltungssitz in Europa oder den USA gibt, das nicht genau dieselben Vorschläge macht... Wir setzen auf den Widerstand gegen das neoliberale ökonomisch-soziale Modell, der heute sowohl in den einzelnen Staaten als auch, in embryonaler Form, auf supranationaler Ebene entsteht. Und wir denken auch, dass nur eine supranationale Dimension für die Wiederherstellung einer neuen staatlichen Autonomie und eines Gesellschaftsmodells – im Vergleich zu dem von der Globalisierung anvisierten – geeignet ist, um eine Alternative zum gegenwärtigen Modell des Kapitalismus zu schaffen. ... Nur indem man sich auf ein zum Neoliberalismus alternatives Gesellschaftsmodell stützt, kann man eine reale politische Unabhängigkeit von den USA und ein neues Verhältnis zwischen altem Kontinent und dritter Welt erreichen. ... In diesem neuen Panorama muß der, wenn auch noch gültige, Begriff des „Imperialismus“ weitgehend neu gefasst werden, während der Begriff der „innerimperialistischen Widersprüche“ für die Beschreibung der Dynamik der Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten als völlig ungeeignet erscheint. Im Gegenteil, er könnte sich aus der Sicht jener, die sich den Kampf gegen den Kapitalismus und seine Überwindung zum Ziel setzen, als irreführend erweisen. ... Allgemein gesprochen brechen in der Welt Widersprüche und Kon-

flikte auf, die mit unterschiedlichen Fragen zusammenhängen: mit sozialen und Klassenproblemen; mit neuen, das Leben und die Natur des Menschen betreffenden Problemen; mit der kulturellen Identität großer und kleiner Zivilisationen, die die Globalisierung in ihrer Existenz bedroht; mit der Rolle neuer Führungsklassen, die um einen Platz in der unipolaren Regierung kämpfen. ... Von zentraler Bedeutung für unsere internationale Initiative ist, uns den Aufbau eines multinationalen und pluralen politischen Subjekts in Europa zum Ziel zu setzen. Die positive Erfahrung der GUE/NGL im Europäischen Parlament, des NELF und die Reihe internationaler Treffen reichen nicht mehr aus. Es ist notwendig, in der nächsten Zeit konkrete Schritte in Europa zu unternehmen im Hinblick auf eine Kraft, die fähig ist, der Europäischen Sozialistischen Partei die Hegemonie streitig zu machen und in die Krise ihrer Perspektive einzugreifen, eine Kraft, die supranationaler Referenzpunkt für die werktätigen Klassen und sozialen Bewegungen des gesamten Kontinents sein kann. ... Dafür ist es unerlässlich, die von einigen Parteien ins Feld geführten politischen und ideologischen Widerstände zu überwinden, welche die Entwicklung einer konstruktiven Dialektik zwischen allen Parteien der alternativen Linken in Europa verhindern“. (zitiert nach der Website der KPÖ unter: www.kpoe.at/bund/international/rifondazione.htm).

Stichwort Bündnispolitik: Hier wäre z.B. zu untersuchen, welche Lehren sich aus dem Zusammenschluss unterschiedlicher linker Gruppen und Strömungen im Sinne einer gemeinsamen Organisationen und/oder eines Wahlbündnisses ziehen lassen: SYNASPISMOS (Griechenland) und die Vereinigte Linke (Spanien) sowie zumindest die Gründungsgeschichte der niederländischen SP können hier entsprechende Erfahrungen beisteuern. In einem erweiterten Sinne, nämlich der Bündnispolitik nach außen, ist die RC (Italien) anregend mit der Fähigkeit, wenigstens teilweise traditionelle Arbeiterbewegung und neue Bewegungen, Reformen wie Radikale zusammen zu bringen und auch als Partei selbst offenbar anerkannter Bestandteil sozialer Bewegungen zu sein. Eine allgemeine Problematik in diesem Zusammenhang beschreibt Michael Brie: „Die sog. radikale europäische Linke in Gestalt der linkssozialistischen, kommunistischen und trotzkistischen Parteien sowie neuen Bewegungen befindet sich in einem strategischen Dilemma. Soweit sie sich darum bemüht, den grundsätzlichen Dissens mit der herrschenden Politik zu artikulieren, gerät sie in die Gefahr, zu einer bloßen Protestbewegung zu werden, in eine politische Isolation zu verfallen und zur Sekte zu werden. Ihr Gebrauchswert für die Gesellschaft wäre der eines guten Gewissens gegenüber schlechten Taten – genauso unverzichtbar wie unpraktisch. Soweit die radikale Linke aber versucht, in Form von Regierungsbeteiligungen oder anderen strategischen Bündnissen mit der Mehrheitslinken zusammen zu wirken, ist sie unter den Bedingungen einer Hegemonie des Neoliberalismus mehr noch als die Mehrheitssozialisten dem Verdacht des Verzichts auf eigene Positionen und auf eine eigene Funktion bei der Formulierung von Politik, die über die der Abschwächung von Übeln hinausgeht, ausgesetzt. Gerade weil sie so radikale Maßstäbe an Politik anlegt, erscheint sie gemessen an diesen eigenen Maßstäben im besonderen Maße als unglaubwürdig“ (M. Brie, Strategische Herausforderungen für eine Neue Europäische Linke – drei Thesen, S.9/10. Beitrag für die Internationale Konferenz der RLS, 29.-31. Oktober 2003, Warschau).

Stichwort Organisationsstruktur: Auch hier lassen sich unterschiedliche Modelle in der europäischen Linken erkennen: zum einen den alten Modellen folgend (von der Avantgarde-Rolle oder abgeschwächt der Partei als entscheidendem subjektiven Faktor der gesellschaftlichen Veränderung) über den Versuch, Erfahrungen aus Bewegungen und Parteiorganisationen zu kombinieren bis hin zu unverbindlichem Zirkelwesen oder reinen Wahlvereinen. Eine Organisationsarbeit mit interessanten Aspekten - neben klassischen Grundorganisationen in Stadtteil und Betrieb gibt es sogenannte „Volks-häuser“ und „Kammern der Arbeit“ als Treffpunkt sowie Gruppierungen im Umfeld bestimmter Publikationen - leistet die RC in Italien, obwohl bei ihr eine beträchtliche Differenz zwischen Mitgliedschaft (rund 90.000 mit beträchtlicher Fluktuation) und gesellschaftlichem Einfluß zu konstatieren ist. Die Organisationsarbeit folgt dem Gedanken: „Die *innere* Anerkennung der Heterogenität ist auch Voraussetzung für eine wirksamere *äußere* Initiative“, was übrigens durchaus intensive Strömungskämpfe einzuschließen scheint (siehe die Literaturhinweise zur RC auf Seite 38).

Stichwort Regierungsbeteiligung: Ein Thema, das aktuell mit der Teilnahme der PDS an Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auch für die deutsche Linke praktische Konsequenzen in vielerlei Hinsicht hat (u.a. Verhältnis zur Mehrheitssozialdemokratie, mögliche Erosion der eigenen Partei in organisatorisch und/oder inhaltlicher Hinsicht, potenzieller Verlust an Wählerstimmen, Entstehung linker Wahlkonkurrenz). Die schwedische Linkspartei (V) hat hier schon einen längeren Weg zurückgelegt, der einige Aufschlüsse geben könnte über Möglichkeiten und Risiken einer – formellen oder informellen – Regierungsteilnahme und Zusammenarbeit mit der Mehrheitssozialdemokratie. Mit 12 Prozent der Wählerstimmen wurde die V 1998 zur drittstärksten Partei im Stockholmer Reichstag gewählt bei einer Mitgliedschaft von rund 13.000 Menschen. Im gleichen Jahr wurde zudem (erstmalig in der Geschichte der Linkspartei) vertraglich eine langfristige Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und den Grünen vereinbart, was die Stützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung einschließt, die – ähnlich wie in der BRD – neoliberale Politik exekutiert. Henning Süssner beschreibt als Probleme der schwedischen Linkspartei in diesem Kontext: „Die Aktivitäten der Partei begrenzen sich in größerem Ausmaß als zuvor auf die Teilnahme an parlamentarischen Gremien, und vor allem die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in Verbandsarbeit, in den Gewerkschaften etc. ist markant gesunken. Vor allem auf lokaler Ebene ist Ämterhäufung inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, da die Zahl der aktiven Mitglieder oft gleichbedeutend ist mit der Zahl der parlamentarischen Mandats- und Nebenmandatsträger. (...) Ein Politikverständnis, das „Etablierung“ mit Wahlergebnissen und der Beteiligung an kommunaler, regionaler und nationaler parlamentarischer Macht gleichsetzt, führt natürlich mit sich, dass „etablierte“ politische Parteien sich zwangsläufig im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung bewegen (müssen). Dies wird im schlimmsten Fall von sowohl Mitgliedern als auch angestammten Wählern als eine Diskrepanz zwischen der parlamentarischen Arbeit der Partei und den programmatischen Aussagen... empfunden“ (vgl. H. Süssner, *Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise*, in: UTOPIE kreativ, Heft 163, Mai 2004, Seite 413-425). In diesem Zusammenhang von Interesse sind natürlich auch die Erfahrungen der linken Regierungspartei AKEL (Zypern), der italienischen

Kommunisten (PdCI und RC) im Blick auf das Mitte-Links-Bündnis sowie der französischen Linken u.a.m. Die EL plant für Februar 2005 ein Treffen von Abgeordneten europäischen Linksparteien zu dieser Fragestellung. Zu den Regierungserfahrungen der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern liegen verschiedene Analysen vor (siehe u.a.: <http://www.pds-berlin.de/partei/lpt/09/03/antrag01.html>).

Es gibt natürlich eine Vielzahl weiterer Themen, zu denen sich ein Vergleich der Parteien lohnen würde – von der sozialen Basis und Zielgruppe der Organisation (hier erscheint mir z.B. die sehr praktische und kampagnenorientierte Interessenvertretungspolitik der schottischen SSP Aufmerksamkeit zu verdienen) bis zu inhaltlichen und konzeptionellen Themen, etwa einer konsistenten linken Wirtschaftspolitik als Antwort auf die neoliberale Herausforderung. Sicher: was in Schottland oder Italien Erfolge zeitigt, muss nicht für die Estland, Belgien oder die BRD gleichermaßen Erfolg versprechend sein. Aber Austausch und Analyse von Erfahrungen sind für die Linke in Europa zwingend. Zum einen, weil die Linke aus ihrem Minderheitenghetto ohne Kooperation nicht herauskommen wird, zum anderen, weil die jeweiligen nationalen Kräfte nicht ausreichen können in einem neoliberalen Europa, das mittlerweile in hohem Maße von den Entscheidungen der EU-Bürokratie bestimmt wird (und dessen neoliberale und z.T. militaristische Ausrichtung mit dem Entwurf der EU-Verfassung festgeschrieben und damit allen Mitgliedsstaaten als praktische Politik aufgezwungen werden soll – siehe dazu u.a.: <http://www.eu-verfassung.org/>, Rosa Luxemburg Bildungswerk: die anregende Problemskizze in einem Bericht über die Tagung „Euroimperialismus?“ <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3341&type=98>, die Hamburger Skripte 5, sowie den informativen Artikel von Winfried Wolf „Das geheime ZK der EU-Konzerne“, junge welt vom 17.8.2004).

Die verschiedenen internationalen Zusammenschlüsse, von denen nachfolgend die Rede sein wird, zeigen allen Unterschieden zum Trotz einen deutlichen **Trend zur mehr Kooperation**: inhaltlich (wenn auch noch oft in sehr allgemeinen Formulierungen), praktisch und organisatorisch. Heute ist es eben möglich, dass sich die auch bei „linksradikalen“ Gruppen angesehene italienische Rifondazione Comunista mit der eher reformistischen SYNASPISMOS und der zumindest in Teilen sehr traditionellen KP aus der slowakischen Republik in der EL zusammenschließen können. Und jene, die aus verschiedenen Gründen nicht der EL beitreten wollen, kooperieren mit den EL-Parteien in anderen Zusammenhängen und umgekehrt. Diese Entwicklung ist in meinen Augen von allergrößter Bedeutung und verlangt allen Beteiligten eine besondere Offenheit im Umgang miteinander, ein hohes Maß an Toleranz und Flexibilität ab. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte eines der traditionellen Grundübel der Linken, eben jene ideologische und organisatorische Borniertheit, die eine Verankerung im Alltagsleben der Menschen verhindert, überwunden werden – womöglich mit Rückwirkung auf die jeweils nationale Politik der Parteien. Ein Trend zu mehr Kooperation zeigt sich ansatzweise auch im „Kleinen“, wie etwa die aktuellen wahlpolitischen Diskussionen und Aktivitäten („Wahlalternative“ bzw. lokale Wahlbündnisse) oder auch eine gemeinsame theoretische Tagung von DKP und trotzkistischen Organisationen in der BRD belegen (siehe u.a. Marxistische Blätter 3/2004).

Die vorliegende Übersicht trägt Fakten und Materialien zur Linken jenseits der Sozialdemokratie zusammen und berücksichtigt dabei nur die ausdrücklich parteipolitischen Formationen, nicht jedoch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und andere Gruppierungen. Gerade hier tut sich freilich ein – auch international: siehe z.B. Zapatistas, Euro-Betriebsräte, europäische und weltweite Sozialforen, (Massen-) Aktionen gegen Krieg und Sozialabbau, Attac usw. – neues und weites Feld auf. Zugleich zeigen sich (potenzielle) Konflikte zwischen den unterschiedlichen Formationen der sozialen und politischen Linken: eine – bereits angemeldete und bewegungsintern höchst umstrittene – Kandidatur von Attac in Frankreich zum EU-Parlament kam nur deshalb nicht zustande, weil die erforderlichen Wahlkampfgelder nicht aufzubringen waren. Die Auswirkung (u.a.) dieser Attac-Kandidatur auf den PCF bestand darin, dass sich PCF-intern jene Kräfte durchsetzten, die als „Rückbesinnung auf die Identität der Kommunisten“ nahezu systematisch eine Öffnung der KP-Listen für Nichtmitglieder verhinderten. Ähnlich schroff wie in Frankreich PCF und die trotzkistischen Parteien LO-LCR stehen sich die KP Griechenlands und SYNASPISMOS bei jeder Wahl gegenüber (im Wahlprogramm der KPG heißt es zur Europäischen Linkspartei wörtlich: „Die EL unterminiert den Klassenkampf und kultiviert die schädliche Auffassung, dass es keinen Spielraum für politische Erfolge auf der Ebene eines einzelnen Landes geben könne. Sie kaschiert die kapitalistische Natur der EU und wäscht sie weiß“). Die Mechanismen der Abgrenzung funktionieren noch immer fast reflexhaft. Auf allen Seiten.

Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund, dass sich in den vergangenen Jahren formelle Strukturen und Netzwerke auf europäischer Ebene herausgebildet haben, durch deren erlebte (und vielleicht zunächst auch nur erzwungene) Kooperation mit unterschiedlichen linken Strömungen zumindest mittelfristig Rückwirkungen auf die jeweils nationalen Politiken der Linksparteien erfolgen könnten. Von besonderem Gewicht in diesem Prozess sind deshalb aus meiner Sicht jene Parteien wie z.B. die dänische Sozialistische Volkspartei oder die italienische Rifondazione Comunista, die objektiv und subjektiv eine Rolle als Scharnier unterschiedlicher linker Optionen wahrnehmen können.

Der einleitende Text von Cornelia Hildebrandt beschreibt einige Anforderungen an linke Politik, denen sich die europäische Linke stellen müssen. Zutreffend erscheint mir in jedem Falle die Einschätzung der KP Österreich, „dass der Prozess der Neuorientierung und politischen Konsolidierung in der europäischen Linken gerade erst begonnen hat“ (vgl. S. 18).

Dieser Text wurde ursprünglich für einen privaten Diskussionskreis verfasst als Überblick zur Entwicklung der Linken in Europa. Er hat keinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern soll lediglich eine politische Einführung in das Thema sein. Die vorliegenden Informationen entstammen unterschiedlichen und z.T. parteipolitisch gefärbten Quellen, manches mag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht mehr dem aktuellen Stand entsprechen. Die am Ende dieser Übersicht genannten Websites bieten neben der einschlägigen Presse eine gute Möglichkeit, auf dem Laufenden zu bleiben.

Axel Lochner / Hamburg, 11. Oktober 2004

2. Anforderungen an linke Politik

Cornelia Hildebrandt, Subjekte der Emanzipation³

...Linke Parteien müssen sich gegenwärtig weltweiten und mit historischen Veränderungen verknüpften Entwicklungsprozessen stellen. Durch kulturelle, politische und wirtschaftliche Umbrüche in den 1980er Jahren, sowie durch den endgültigen Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa ist das Parteiensystem auch auf seiner linken Seite in Bewegung gekommen. Prozesse der Entstalinisierung der kommunistischen Parteien in Westeuropa, die Formierung von Grünen und alternativen Parteien und/oder die Entstehung neuer Linksparteien haben zu einer weiteren Pluralisierung des Parteiensystems geführt. Ebenso kam es zur Bildung (und Auflösung) von Regierungskoalitionen zwischen sozialdemokratischen Parteien und den genannten Parteien sowie zur dauerhaften Etablierung von Parteien, die sich weder im Sinne der III. Internationale als kommunistische verstehen und die sich doch (im Unterschied zu vielen Grünen Parteien) in der Tradition sozialistischer Politik sehen. Teilweise werden dabei Positionen reaktiviert, die in die Zeit der Spaltung der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale zurückreichen. Dies gilt auch für eine Reihe jener Parteien, die sich durch Transformation der kommunistischen Staatsparteien Mittel- und Osteuropas herausbildeten bzw. bei ihrem Zerfall neu entstanden.

Linke Parteien müssen gegenwärtig in der Situation der Auflösung der fordistischen Akkumulations- und Regulationsweise und der Herausbildung neuer Formen von Akkumulation und Regulation im nationalen und internationalen Maßstab sowie unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung agieren. Dieser Umbruch, umfasst die Klassen- und Sozialstruktur, gleichermaßen die politischen und rechtlichen Formen und somit auch das politische System und die darin agierenden politischen Parteien, die ebenso einen Prozess der Selbstveränderung durchlaufen.

Das Wesen neuer Parteien wird maßgeblich durch das System der gesellschaftlichen Konfliktlinien geprägt, die klassenspezifischer, religiöser, ethnisch-linguistischer, geographischer, generationsspezifischer oder anderer Natur sein können. D.h. die bisherigen Grundannahmen bzw. die Grundlagen früherer Erfahrungswelten: die führende Rolle der industriellen Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Umwandlung des Eigentums sowie die Neuverteilung des Einkommens mittels ausgebauter Macht des Nationalstaates, und die Rolle der Partei als einzig relevante politische Kraft bei der Eroberung und Umwandlung der Staatsmacht entsprechen nicht mehr gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Wobei der traditionelle Kampf der Arbeiterklasse nicht an Stellenwert verliert, sondern im Gegenteil seine Bedeutung beibehält, zusätzlich aber die wachsende Zahl der bisher untypischen Schichten der Arbeiterklasse hinzukommen, wie prekäre Arbeitskräfte ohne festes Beschäftigungsverhältnis, formal Selbständige, jedoch im wesentlichen abhängi-

³ Auszüge aus einem Beitrag zu den Thesen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Seminar „Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure, Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus“, Rio de Janeiro, Juni/Juli 2004. Der vollständige Text dieses Aufsatzes findet sich unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?publikationen>

ge Arbeitnehmer und der Kampf von Bewegungen, „in denen sich nicht so sehr die Initiative des ‚produzierenden Individuums‘, als vielmehr die Initiative des ‚gesellschaftlichen Individuums‘ äußert“ (Mimmo Porcaro, Linke Parteien im Vergleich, 2002).

Die parteipolitische Linke steht damit vor der Aufgabe, ihren programmatischen Anspruch zu erneuern und muss, wenn sie an Marxens emanzipativ-solidarischen Anspruch festhalten will, mit dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus brechen und in einem neuen sozialistischen Paradigma aufheben. D. h. die Programmatik der Linken muss auf eingreifendes Handeln gerichtet sein und sich aus dem Kampf aller sozialen Kräfte für Emanzipation und Solidarität, den realen Verhältnissen moderner kapitaldominierter Gesellschaften ableiten. Ihre Strategie von Reformen bis hin zur Formulierung eines transformatorischen Projektes muss sie aus den analytischen Annahmen gegenwärtiger gesellschaftlicher Umbrüche entwickeln. Ziel und Anspruch jeder war und ist es, derartige Umbrüche im Interesse sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu gestalten, und dabei Freiheit und Gleichheit zu verbinden. Ein Teil dieser Aufgabe ist es, die grundlegenden Güter der Gesellschaft, die Freiheit garantieren, umfassend zu produzieren und nach unten umzuverteilen, damit sie jeder und jedem zugänglich sind. Dazu gehörte in der Vergangenheit die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, der Achtstundentag, allgemeine Schulbildung und Gesundheitsversorgung sowie der Schutz vor Kriminalität, die Beseitigung von Armut und die Herstellung einer europäischen und globalen Friedensordnung. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit ist weltweit deshalb ins Hintertreffen geraten, weil sozialistische Utopien, Modelle und Programme die Gleichheit vor die Vielfalt der Menschen einstufen, die menschliche Individualität und Freiheit als Grundbedürfnis unterbewerteten, dafür aber mit der Überbewertung des Gleichheitspostulats die ideologische Rechtfertigung einerseits für die Unterdrückung der menschlichen Vielfalt und Individualität und andererseits für die Herrschaft bürokratischer Eliten lieferten, die vermeintlich das Gleichheitspostulat durchsetzen sollten. Deshalb muss die Verbindung von sozialer Frage und Emanzipation heute mehr denn je, den Kern zukunftsfähiger sozialistischer Visionen bilden ... „in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ werde. Solche Visionen werden jedoch erst zur materiellen Gewalt, wenn die Erwartungen, Hoffnungen und Ziele von Millionen von Menschen sich bündeln. Wann und wie wird aus individueller Unzufriedene ist politisches Handeln und wie konstituiert sich unter gegenwärtigen Bedingungen kollektives Handeln? Die Aufgabe der politischen Linken besteht vor allem darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem konkrete Alternativen und Vorschläge für die notwendige Transformation gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaften entwickelt werden. ...

Auf der Suche nach erfolgreichen und nachhaltigen Antworten steht die plurale Linke in den einzelnen Ländern noch am Anfang. Die Dritten Wege und Strategien einer neuen Mitte haben sich nicht als dauerhaft erwiesen und konnten mehrheitlich den Tendenzen des Neoliberalismus mit seiner Verstärkung der Ungleichheit und wachsenden Polarisierung der Gesellschaft, der Verunsicherung aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nicht wirksam widerstehen. Ihre neoliberale Strategie nationalstaatlicher

Wettbewerbsfähigkeit und des Umbaus der sozialen Systeme war nicht mehr kompatibel mit einem wie auch immer gearteten Festhalten an sozialer Gerechtigkeit und musste deshalb scheitern. Angesichts dieses orientierungslosen Schlingerns hat die Mehrheitslinke ihr eigenständiges Profil weitgehend verloren. Ihr Scheitern geht einher mit der tiefen Krise der Gewerkschaften und der chronischen Schwäche der radikalen politischen Linken und vieler traditioneller sozialer Bewegungen und ist Teil einer Krise und Auflösung des gesamten historischen Blocks der Linken.

Eine wirkliche Erneuerung der Linken wird nur dann möglich sein, wenn sie ihr eigenständiges Profil entwickelt, strategische Räume besetzt und Prozesse ihrer Selbstveränderung (auch Parteireform) mit der Öffnung in die Gesellschaft verbindet und Voraussetzungen für ein Mitte-Links- und ein Mitte-Unten-Bündnis schafft. Sie muss, wenn sie gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Richtungswechsel gewinnen will, die gesamte Breite des politisch noch nicht wirksamen Block der Subalternen ansprechen und hier insbesondere die Interessen der sozial Schwachen und von Ausgrenzung bedrohten oder schon erfassten Gruppen vertreten. Nur so wird sie in der Lage sein, relevante soziale Kräfte für einen Richtungswechsel der Politik formieren und die Entwicklung eines transformatorischen Projektes voranzutreiben. ...

Dazu muss sie sich erneut mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Fragen der Aneignung des Eigentums, der sich neu herausbildenden Widersprüche der Arbeitsgesellschaft, der Verteilung und Regulation auf nationaler und transnationaler Ebene, dem Erhalt und der Reform der sozialen Sicherungssysteme, der grundsätzlichen Rolle des Staates und der Politik unter den Bedingungen des globalisierten flexiblen Kapitalismus und bspw. den aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene, wie den Beschlüssen von Maastricht und Lissabon, die eine Zementierung neoliberaler Wirtschaftsentwicklung anstreben.

Damit stellt sich für linke Parteien die Frage nach ihren strategischen Bündnispartnern sowohl gesellschaftspolitisch, also in Bezug zur Zivilgesellschaft, als auch parteipolitisch. D.h. die Strategiebildung linker Parteien muss sich gleichermaßen in Auseinandersetzung mit den strategischen Grundpositionen der neuen sozialen Bewegungen und denen der sozialdemokratischen Parteien vollziehen, die selbst mit am stärksten dem postfordistischen Transformationsprozess der Parteiform unterworfen sind und deren strategische Option eines „Dritten Weges“ spätestens seit Ende des letzten Jahrzehnts als zunächst gescheitert betrachtet werden kann. Dementsprechend entwickelte sich auch ein folgenschwere Schlüsseldifferenz in der Einschätzung der Sozialdemokratie: repräsentiert sie nur noch eine sozial und ideologisch abgefederte Variante des herrschenden Neoliberalismus und kommt daher für auch nur kurze Wege einer gegen den Neoliberalismus gerichteten Transformationspolitik prinzipiell nicht mehr infrage (ist sie also vollständig und gleichsam ohne innere Widersprüche integriert in den Machtblock des Neoliberalismus, wie er sich seit Ende der 70er Jahre herauszubilden begann) oder kann sie partiell und zeitweise in ein linkes Projekt einbezogen werden. Die erste Sichtweise ist eine Grundlage für den Aufschwung radikalistischer, z.B. trotzkistischer linksradikaler und autonomer Parteien insbesondere in England, Frankreich, Italien und zum Teil auch Spanien.

Völlig unterschiedlich entwickelt sich dementsprechend das Verhältnis linker Parteien in Europa zur Sozialdemokratie und zu den neuen sozialen Bewegungen. Die Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen ist für viele Parteien der radikalen Linken u.a. auch wegen ihrer spezifischen Situation schwierig (Fehlen oder relative Schwäche der Bewegungen auf nationaler Ebene) oder aufgrund ideologischer Barrieren, die auf der Idee beruhen, dass die Partei noch immer das Hauptinstrument des Kampfes der unteren Klassen sei und soziale Bewegungen lediglich als Komplemente und Korrektive etablierter politischer Institutionen begriffen werden müssen. ... Sind die sozialdemokratischen, die sozialistischen Parteien strategische Partner der linken Parteien? Ist die parteipolitisch formulierte Mitte-Links-Option noch immer aktuell, angesichts der weltweit durchgesetzten neoliberalen Reformen des Demokratie- und Sozialabbaus unter der Ägide sozialdemokratischer Regierungspolitik? Wie verhält es sich dann mit dem Versuch in Form von Regierungsbeteiligungen auf kommunaler oder regionaler Ebene sich konservativer Politik zu widersetzen, aus Regierungssämtern der Regionen und Länder heraus sich der Durchsetzung und Durchreichung von Sparpolitik und Sozialabbau entgegenzustellen, um Schlimmeres zu verhindern. ...

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur im produktiven Umgang mit den zugrunde liegenden Widersprüchen und durch Gewinnung einer historischen Perspektive gesucht werden. Welche Aufgaben muss dazu die parteipolitische Linke lösen?

Erstens kann die Linke an der Entwicklung eigenständiger Strategien mitwirken und Projekte der Demokratisierung der Gesellschaft und der wirksamen Friedenssicherung durch Prävention und friedliche Konfliktlösung formulieren. Ihre Aufgabe ist es, an der Aufstellung einer eigenständigen Reformagenda mitzuwirken, die den Realitäten gerecht wird und zugleich einen Interessensausgleich zugunsten der Lohnabhängigen anstrebt und Perspektiven eröffnet, die sich in Einstiegsprojekten manifestieren. Der Umbau der Sozialsysteme, die auf der Einbeziehung aller beruht, gleiche Grundansprüche formuliert und über ein Steuersystem das in der Wirtschaft auf Wertschöpfung basiert mitfinanziert wird. Bisher ist die Formulierung einer alternativen Wirtschaftspolitik kaum über Varianten eines neuen Keynesianismus hinausgekommen.

Zweitens besteht ihre Aufgabe darin, am Aufbau einer sozial und kulturell verankerten Linken mitzuwirken und hierbei ihre spezifischen Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit einzubringen. Dabei geht es nicht einfach nur um den parlamentarisch verlängerten Arm, sondern um die Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen durch breitest mögliche Bündnisse unter Nutzung der parlamentarischen Möglichkeiten linker Parteien. Die Parteien können und müssen als Teil des politischen Systems über ihre „Schnittstellenfunktion“ die Synergieeffekte zwischen den Aktionen der Parteien und denen der Bewegung sichern. Auch, in dem sie auf einer zeitgemäßen Grundlage die Privilegien der Parlamente erweitern und Bedingungen einer weit gefassten sozialen Demokratie neu definieren, die nicht mehr ausschließlich auf repräsentative Demokratie beschränkt wird. Das aber verlangt von den Parteien selbst ein Politikverständnis, nachdem der parlamentarische und außerparlamentarische Raum zumindest gleichwertig sind und ein neuartiges Parteienverständnis: die Absage an die traditionelle Partei, die sich die Massen einverleibt zugunsten einer „konnektiven Massenpartei“ (Mimmo

Porcaro). Zugleich müssen die Parteien im Unterschied zu sozialen Bewegungen, Gewerkschaften u.a. in den sozialen Kämpfen die Beziehung und das Kräfteverhältnis reflektieren und können daher in stärkerem Maße als die Bewegungen Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme und Umsetzung bewirken.

Eine dritte Aufgabe der politischen Linke könnte es sein, für eine neue Kultur sozialer Gerechtigkeit einzutreten. D.h. offensiv für den Wert des Öffentlichen, auch des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Dienstleistungen, des Einsatzes zur Überwindung von sozialer Desintegration und Marginalisierung zu wirken. Das ist jedoch ohne die Neubestimmung der Rolle des Staates und einem veränderten Bezug linker Parteien auf den Staat unmöglich. An Stelle einer neuen Verstaatlichung wäre um die demokratische und emanzipative Aneignung des öffentlichen Raumes zu kämpfen, um eine Demokratisierung und Sozialisierung öffentlicher Aufgaben möglichst unter Einschluss der Verwaltungen eines ansonsten bürokratischen Staates.

3. Linke Kooperationen und Netzwerke in Europa

3.1. Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF)

„Das NELF wurde 1991 Jahren in Madrid gegründet. ... Die Gründungsmitglieder sahen sich damals als neue linke oder grün-linke Parteien. Nach der Diskreditierung des „real existierenden Sozialismus“, mit dem viele von ihnen, wenn auch nicht alle, mehr oder weniger eng verbündet waren, suchten sie alle einen neuen Weg nach vorn. Die einzige übergreifende Gemeinsamkeit der Gründungsparteien bestand darin, dass Sozialismus ohne Demokratie als unmöglich und als ein Widerspruch in sich betrachtet wurde, dass das Scheitern des Experiments „real existierenden Sozialismus“ eingestanden und daraus gelernt werden sollte. Zugleich einte alle die Abneigung gegen die Gründung einer neuen „Internationale“ in jeglicher Form und die Entschlossenheit, dass die Beziehungen zwischen den Parteien der neuen Linken in Europa auf gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit, nicht auf der Dominanz eines Zentrums oder Direktorats beruhen sollten. ... Das NELF soll die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament nicht dublieren, auch nicht eine in der Entwicklung/im Aufbau begriffene europäische politische Partei der alternativen/grünen Linken. Das NELF soll vor allem ein Forum für Diskussion und Meinungsaustausch sein, wo gemeinsame Positionen erarbeitet und gemeinsame Aktionen beschlossen werden, wenn es als praktikabel erachtet wird. Das NELF soll in seiner Tätigkeit offen für Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten sein, es soll Partnerschaften mit anderen fortschrittlichen politischen Kräften und Familien anstreben und entwickeln. Ungeachtet seiner Offenheit in Beziehungen und Debatten soll das NELF als wesentliches Strukturelement seine Funktion als Treffpunkt für Meinungsaustausch und Zusammenarbeit gleichgesinnter alternativer grün/linker Parteien beibehalten.“ (Aus einem Bericht einer Arbeitsgruppe zur Zukunft des NELF, April 2001).

In der Gründungsphase schlossen sich folgende Parteien/Organisationen im NELF zusammen: die Sozialistische Volkspartei (Dänemark), die Estnische Demokratische

Partei der Arbeit, der Linksbund (Finnland), die Französische Kommunistische Partei, die Bürgerbewegung (Frankreich), die PDS (Deutschland), die Koalition der Linken und des Fortschritts - SYNASPISMOS (Griechenland), die Demokratische Linke (Irland), die Partei der kommunistischen Wiedegründung - PRC (Italien), die Bewegung für die Einheit der Kommunisten (Italien), Groen Links (Niederlande), die Sozialistische Linkspartei (Norwegen), die Linkspartei (Schweden), die Partei der Arbeit der Schweiz, die Vereinte Linke (Spanien) und die Initiative für Katalonien (Spanien). Den Status eines Ständigen Gastes haben: die Demokratische Linke (Großbritannien), die Fortschrittspartei der Werktätigen - AKEL (Zypern), die ADISOK (Zypern), die Vereinte Linke (Belgien) und die Fraktion "Konföderation der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grün-Linke Gruppe" des Europaparlaments.

Das Forum tritt in der Regel zweimal jährlich zu inhaltlichen Schwerpunkten zusammen, oft unter Einbeziehung externer wissenschaftlicher Fachleute. Auf der Tagung des NELF in Dublin im Mai 1996 gründeten Politikerinnen der teilnehmenden Parteien ein eigenständiges Frauennetzwerk des NELF.

Aktuelle Informationen aus einem ND-Interview vom 25.06.04 mit Helmut Scholz (internationaler Koordinator der PDS und Vorstandsmitglied der Partei der Europäischen Linken) zur 26. NELF-Tagung im Juni 2004 (Auszüge):

ND: Sie haben Anfang der Woche an einer Tagung des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF) in Oslo teilgenommen. Von dem Forum war in letzter Zeit wenig zu hören. Gab es dafür einen besonderen Grund?

Scholz: Nein, das Forum tagt wie üblich zwei Mal im Jahr. Nach dem letzten Treffen im Dezember auf Zypern war die nächste Zusammenkunft für die Zeit unmittelbar nach den Europawahlen geplant.

ND: Inzwischen ist die Partei der Europäischen Linken (EL) gegründet worden. Ist NELF damit in seiner Bedeutung gemindert oder gar überflüssig geworden?

Scholz: Natürlich sind sich viele Parteien, die in beiden Strukturen mitarbeiten, durchaus bewusst, dass man eine Doppelung von Aktivitäten vermeiden sollte. Aber gerade hier in Oslo hat sich gezeigt, dass auch Parteien, die sich bisher nicht zur Mitarbeit in der EL entschließen konnten, diese Gründung sehr aufmerksam verfolgt haben. Und insbesondere die Gastgeber von der norwegischen Sozialistischen Linkspartei brachten zum Ausdruck, dass sie sehr an einer Intensivierung des Dialogs zwischen NELF und EL interessiert sind. Ich sehe hier für die Zukunft die Chance, dass sich beide doch sehr unterschiedlichen Strukturen aufeinander zubewegen und auch ergänzen.

ND: Zudem existiert mit der Linksfraktion im Europaparlament eine dritte Form für die Zusammenarbeit der kontinentalen Linken – gibt es da nicht doch Konkurrenzprobleme?

Scholz: Ich sehe erst einmal keine Konkurrenz, sondern unterschiedliche Strukturen und Zielsetzungen. Während sich die Europäische Linkspartei jetzt vor allem für strategische Fragestellungen und der Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte für gemeinsames Handeln der beteiligten Parteien einsetzen wird, ist die Linksfraktion der parlamentarische Arm europäischer Linksparteien. Das NELF wiederum wird sich zunehmend mehr zu einer Dialogstruktur entwickeln, insbesondere auch mit sozialen Bewegungen

und dies zu bestimmten Themen. Wie zum Beispiel – was jetzt in Oslo einen großen Raum einnahm – zur Problematik Welthandel, Weltwirtschaftsbeziehungen, Globalisierung.

ND: Wie wurde in Oslo das Ergebnis der Linken bei den Europawahlen eingeschätzt?

Scholz: Erst einmal gab es große Beachtung für das gute Abschneiden der PDS in Deutschland, aber auch von Rifondazione Comunista in Italien, beides Mitgliedsparteien der EL. Auch die Anwesenheit des wieder bestätigten Vorsitzenden der Linksfraktion im Europaparlament, Francis Wurtz von der Französischen KP, unterstrich das große Interesse aller anwesenden Parteienvertreter am Ausloten einer breiten Kooperation mit den Europaabgeordneten. Der FKP-Abgesandte sprach u.a. sehr eindringlich über die Anforderungen an linke Parteien, wenn sie sich in Regierungsverantwortung begeben. Die finnische Linksbund-Vorsitzende Suvi-Anne Siimes hob den europäischen Charakter des Wahlkampfes ihrer Partei hervor und appellierte, die EU nicht länger allein den neoliberalen Kräften zu überlassen.“

Zu den Themen der hier angesprochenen NELF-Konferenz gehörten u.a. „Ökonomische Globalisierung. Zu dieser Frage hatte das NELF eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Kenneth Haar vom Seattle to Brussels Network hielt ein sehr interessantes Referat. Derzeit konzentrieren sich die verschiedenen NGO's und Bewegungen auf den Kampf gegen die sgn. "new issues" und den Versuch der USA für die Einführung gentechnisch veränderter Produkte die Bestimmungen der WTO zu nutzen... Ulla Lötscher, die Koordinatorin der NELF Arbeitsgruppe schlug eine europaweite Initiative auf allen Ebenen (kommunal bis EU Parlament) für ein Moratorium bei GATS vor, was allgemeine Zustimmung fand. Die AG soll weiterarbeiten und die beschlossenen Aktivitäten koordinieren. Das nächste NELF Treffen wird wieder den Schwerpunkt Globalisierung haben und auf die Auswirkungen auf die Frauen fokussieren. VertreterInnen der PT Brasiliens und von der KP Südafrikas sollen eingeladen werden. ... Das Frauen NELF ... war voll integriert. Bei diesem Punkt hatte die KPÖ gemeinsam mit der zypriotischen AKEL den Vorsitz. Marianne Eriksson, bisherig EU-Abgeordnete der schwedischen Linkspartei, hielt eine Einleitung und bilanzierte auch über ihre Tätigkeit im EU Parlament, die sie leider auf eigenen Wunsch nicht fortsetzt. Sie wird sich aber verstärkt der Zusammenarbeit mit NGO's und Bewegungen widmen. Zwei VertreterInnen von NGOs aus Russland bzw. Lettland berichteten über ihre Tätigkeit, insbesondere über die Methoden, mit denen junge Mädchen mit falschen Versprechungen angeworben werden, um dann in den USA, Japan oder in "reichen" EU Ländern in Bordellen etc. zu landen... Auch zum Nahen Osten gab es einen Bericht von einer Arbeitsgruppe und einen Vortrag von Johan Galtung, dem bekannten norwegischen Friedensforscher. Das NELF bereitet eine Petition zum Einsatz auf verschiedenen Ebenen vor und wird im Herbst eine Nahost-Konferenz abhalten, die von der AG vorbereitet wird. Als weiteren Tagesordnungspunkt gab es Erfahrungen mit Regierungsbeteiligungen auf verschiedenen Ebenen: Referate von FKP, PDS, AKEL und dem finnischen Linksbund brachten eigentlich wenig Neues und auch wenig Analytisches bzw. waren nicht darauf angelegt, tatsächlich Erfahrungen herauszufiltern, über die verallgemeinernd diskutiert hätte werden können. Daher wurde auf Vorschlag der KPÖ der Beschluss gefasst, dieses Thema weiter zu verfolgen aber neben "traditionellen" Sichtweisen v.a. Parteien mit "modernerem" Herangehen, wie beispielsweise die SP der Niederlande oder die

"modernerem" Herangehen, wie beispielsweise die SP der Niederlande oder die Rifondazione zu Wort kommen zu lassen bzw. für eine entsprechende wissenschaftlich fundierte Außensicht auf dieses komplexe und sensible Problem zu sorgen...“.

In dem Bericht der KP Österreich, aus dem die vorgenannten Informationen entnommen sind, wird zusammenfassend zu diesem NELF-Treffen formuliert: „Befürchtungen, die vorher im Raum gestanden haben mögen, dass die Gründung der Nordischen Grün Linken Allianz bzw. der Europäischen Linkspartei die Zusammenarbeit im NELF erschweren könnte, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Kaum jemals vorher wurden bei einem Treffen so viele Arbeitsschwerpunkte beschlossen als bei diesem. Auch die politische Diskussion war sehr produktiv. Unterschiedliche Auffassungen wurden formuliert, ergaben sich aber nicht entlang der Zugehörigkeit zur nordischen Allianz oder der EL. Ganz deutlich war auch zu verspüren, dass der Prozess der Neuorientierung und politischen Konsolidierung in der europäischen Linken gerade erst begonnen hat“ (siehe: <http://www.kpoe.at/bund/international/nelf-treffen-juni04.htm>).

3.2. Linksfraktion EU-Parlament (GUE/NGL)

Zur Entwicklung der Fraktion im EP heißt es in einem Bericht von Fraktions-Mitarbeiter Andreas Wehr (Auszug aus: europarot/April 2001, Zeitschrift der PDS):

Ein entscheidender Grund für die erfolgreiche Arbeit liegt darin, daß sich die insgesamt 42 Abgeordneten und knapp 50 Mitarbeiter/innen bewußt sind, daß sie in einer konföderalen Fraktion arbeiten, d.h., dass es zwischen den Parteien kein oben oder unten, wichtiger oder unwichtiger gibt. Gemeinsam voran geht es nur, wenn man sich gegenseitig respektiert und toleriert, egal ob nun eine Partei mit nur einem oder mit sechs Abgeordneten in der Fraktion vertreten ist. Anders könnte ein solcher Zusammenschluss, in der rotgrüne, linkssozialistische, kommunistische und trotzkistische Parteien zusammenwirken, auch nicht bestehen. Hinzu kommt, dass aus einigen Ländern sogar mehrere linke Parteien vertreten sind.

Die Geschichte der Fraktion spiegelt die dramatischen Umbrüche wider, der sich die sozialistische und kommunistische Linke nach dem Ende des realen Sozialismus ausgesetzt sah. Gegründet wurde sie 1989 unter dem Namen "Vereinte Europäische Linke", der damals vier Parteien angehörten, die damalige Italienische Kommunistische Partei, die Vereinigte Linke Spaniens, die Sozialistische Volkspartei Dänemarks und die griechische linkssozialistische Partei SYNASPISMOS. Die einstige IKP, die heutige Democratsi di Sinistra (DS), die größte und gewichtigste Mitgliedspartei, wechselte schon bald in das Lager der Sozialdemokraten. Einen Neubeginn gab es mit den Europawahlen 1994. Damals vereinigte sich diese Fraktion mit der "Koalition der Linken", einer weiteren Linksfraktion im EP, in der sich die Kommunisten Frankreichs, Portugals und Griechenlands zusammengeschlossen hatten. Dieser "Koalition der Linken" gehörten auch die beiden vom Bundestag entsandten Europaabgeordneten mit Beobachterstatus der PDS an. Nach Jahren der Trennung waren somit 1994 die Kräfte links von der Sozialdemokratie und den Grünen wieder in einer Fraktion vereint. Mit der Erweiterung der Union um Schweden, Finnland und Österreich 1995 kamen mit dem finni-

schen Linksbund und der schwedischen Linkspartei zwei Parteien, die zusammen mit der SVP Dänemarks als "Nordische Grüne Linke" einen eigenen Zusammenschluss in der Fraktion bildeten. Sie legen besonderen Wert auf die Berücksichtigung grüner politischer Positionen. Nach den Wahlen 1999 kamen die niederländische Sozialistische Partei, die griechische linkssozialistische DIKKI und die deutsche PDS hinzu. Zwei trotzkistische Parteien aus Frankreich wurden als assoziierte Mitglieder in die Fraktion aufgenommen.

Die Linksfraktion wird im 2004 gewählten EP mit 41 Mitgliedern nach Konservativen (268), Sozialdemokraten (200), Liberalen (88) und Grünen (42) die fünftstärkste Fraktion (Stand: 23.7.04). Am 20.7. wurde von GUE/NGL Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) für das Amt der Vizepräsidentin des Europaparlamentes nominiert und vom EP gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Alonso Puerta an, der die Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode als Vizepräsident vertreten hat. Laut EP-Angaben entsendet die spanische IU je ein Mitglied in die Linksfraktion und Grüne Fraktion, die dänische Sozialistische Volkspartei (SFU) hat sich nunmehr der Grünen Fraktion (bisher GUE/NGL) angeschlossen. Die neue Linksfraktion besteht aus 41 Abgeordneten, die 17 politische Formationen aus 14 Staaten vertreten. Neu dabei sind die KP Böhmens und Mährens, die zyprische AKEL, der portugiesische Linksblock, die KP aus Réunion und Sinn Féin aus Irland und Nordirland. Alter und neuer Fraktionsvorsitzender ist Francis Wurtz, neue Stellvertreter/innen sind Eva-Britt Svensson von der schwedischen Linkspartei, Ilda Figuerido von der portugiesischen KP, Miloslav Ransdorf von der KP Böhmens und Mährens und Kartika Liotard von der niederländischen SP. Zur Linksfraktion im EP gehören als assoziierte Mitglieder: Sozialistische Linkspartei Norwegen, Die Link aus Luxemburg sowie die schweizerische Partei der Arbeit (POP). In der Vergangenheit waren zudem einzelne Abgeordnete individuell assoziierte GUE/NGL-Mitglieder (zuletzt u.a. die Mandatsträger der französischen trotzkistischen Parteien Lutte Ouvriere und Ligue Communiste Revolutionaire).⁴

Land	Linkspartei	2004	2004	1999	1999
		Prozent	Mandat	Prozent	Mandat
Dänemark	Volksbewegung gegen EU	5,2	1	7,3	1
Deutschland	PDS	6,1	7	5,8	6
England	Sinn Fein	1,5	1	-	-
Finnland	Linksallianz (VAS)	9,1	1	9,1	1
Frankreich	Kommunistische Partei (PCF)	5,2	2	6,8	6
	PCR		1		
Griechenland	Kommunistische Partei (KKE)	9,3	3	8,7	3
	Linkskoalition (SYN)	4,0	1	5,2	2
Italien	Kommunistische Partei (PdCI)	2,4	2	2,0	2
	Kommunistische Partei (RC)	6,1	5	4,3	4
Irland	Sinn Fein	11,1	1	-	-

⁴ Siehe ausführlicher: Andreas Wehr, Die Linken im Europäischen Parlament, Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 47, September 2001

Niederlande	Sozialistische Partei (SP)	7,0	2	5,0	2
Portugal	Kommunistische Partei/CDU-Bündnis	9,5	2	10,3	2
	Linksblock (BE)	5,1	1	-	-
Schweden	Linkspartei (V)	12,8	2	15,8	3
Spanien	Vereinigte Linke/Grüne (IU)	4,2	1 (2)	5,8	4
Tschechien	Kommunistische Partei (KSCM)	20,3	6	-	-
Zypern	Progressive Arbeiterpartei (AKEL)	27,8	2	-	-

3.3. Europäische Linkspartei (EL)

Gründungskongress der EL: „Verschiedene Sachen sollten auch inhaltlich besprochen werden, nicht nur die Frage des Statuts oder des Manifestes. Das wurde für Die formelle Gründung der EL erfolgte am 8./9.Mai 2004 in Rom nach einem mehrjährigen Prozess (seit 1998/99), in den deutlich mehr Parteien einbezogen waren als letztlich Mitglied der EL geworden sind. Heute gehören der EL 15 Parteien aus 13 Ländern als Mitglieder sowie weitere 4 Parteien als Beobachter an, 8 dieser Parteien sind auch mit Abgeordneten im Europaparlament (zusammen rund 6,8 Millionen Stimmen bei der EU-Wahl 2004) vertreten. Die Mitgliedschaft dieser Parteien beträgt gut 500.000 Menschen.

Die Präambel des Statuts der Partei der Europäischen Linken stellt fest: „Wir vereinigen demokratische Parteien der alternativen und fortschrittlichen Linken auf dem europäischen Kontinent, die sich - eingedenk ihrer unterschiedlichen Situation und Geschichte sowie ihrer gemeinsamen Werte - für die konsequente Umgestaltung der heutigen sozialen Verhältnisse hin zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft einsetzen. Wir fühlen uns den Werten und Traditionen der sozialistischen, kommunistischen und Arbeiterbewegung, der feministischen Bewegung und der Gleichstellung der Geschlechter, der Umweltbewegung und einer nachhaltigen Entwicklung, des Friedens und der internationalen Solidarität, der Menschenrechte, des Humanismus und des Antifaschismus, des progressiven und liberalen Denkens im nationalen und internationalen Rahmen verpflichtet. Wir arbeiten zusammen in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, Umweltzerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege, gegen Faschismus und Diktatur, in der Tradition des Widerstandes gegen patriarchale Herrschaft und gegen jede Diskriminierung derer, die anders sind. Wir verteidigen die Legitimität unserer Bewegung, die Millionen von Menschen inspiriert und ihnen soziale Sicherheit gebracht hat. Wir halten die Erinnerung an diese Kämpfe, an die Opfer und Leiden wach. Wir tun dies in rückhaltloser Auseinandersetzung mit undemokratischen, stalinistischen Praktiken und Verbrechen, die im absoluten Widerspruch zu sozialistischen und kommunistischen Idealen stehen.

Die Entwicklungen in Politik und Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen linke Parteien, demokratische Bewegungen und alternative gesellschaftliche Kräfte vor die Notwendigkeit und Möglichkeit, bei der Erarbeitung und Realisierung gesellschaftlicher Alternativen den mit den Globalisierungs- und Internationalisierungsprozessen verbundenen Aspekten nicht nur Rechnung

zu tragen. Vielmehr ist gerade Europa als neuer, immer mehr Länder im Westen und Osten, im Norden und Süden des Kontinents umfassender Integrationsraum für die linken Kräfte eine Chance und Herausforderung zugleich, Politikfähigkeit zurückzugewinnen. Wir wollen und müssen unsere Bemühungen auf dieser Ebene mit dem sozialen und politischen Engagement der Mitglieder und Sympathisanten unserer Parteiorganisationen in den Kommunen, Regionen und Nationalstaaten verbinden. Dabei leisten wir Widerstand und entwickeln Alternativen zum Kapitalismus, zu den Versuchen der führenden Finanzgruppen, über sogenannte Politik- und Wirtschaftseliten neoliberale Politik im täglichen Leben der Menschen durchzusetzen. Dem wollen und müssen wir gerecht werden als politische Kraft, die selbst nicht frei ist von Widersprüchen und unterschiedlichen Auffassungen zu vielen Fragen. Uns eint aber der gemeinsame Widerstand gegen politische Entmündigung, unser gemeinsames Wirken für eine gesellschaftliche Alternative, die Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zum Ziel hat. Mit diesem internationalen Ansatz unterstreichen wir: Die Linken wollen in Europa und in der Welt Verantwortung für gesellschaftliche Gestaltung übernehmen, dafür gemeinsam Alternativen erarbeiten, in der Öffentlichkeit für deren Durchsetzung werben und erforderliche Mehrheiten gewinnen. Neoliberale Internationalisierung und Globalisierung sind keine Naturgewalten, sondern das Ergebnis politischer Entwicklungen und Entscheidungen. Deshalb lehnen wir die neoliberale Politik, diese Herausforderungen zu meistern, ebenso entschieden ab wie Krieg und Militarisierung. Es lohnt sich, gerade heute den Menschen Mut und Zuversicht zu geben, dass die Welt keine Ware ist, dass eine andere, weil friedliche, solidarische, demokratische und ressourcenbewahrende Welt möglich ist.“

Die Anfang Juli 2004 durchgeführte Tagung des Vorstandes der EL hat sich mit der organisatorischen und politischen Entwicklung befasst und dabei u.a. zustimmend ein Konzept zur Kenntnis genommen, dass die EL als „Netzwerk-Partei“ beschreibt. Ein Frauennetzwerk hat sich bereits etabliert (ein Bericht über das erste Treffen findet sich auf der Website der KPÖ <http://www.kpoe.at/>). Für April 2005 ist der erste Parteitag vorgesehen, das Büro der EL soll in Brüssel eröffnet werden. Die EL erlaubt per Statut „versuchsweise für eine bestimmte Zeit“ eine individuelle Mitgliedschaft von Einzelpersonen, sofern eine entsprechende Entscheidung der nationalen Mitgliedsparteien das zulässt (die PDS hat sich in diesem Sinne entschieden).

Die im Gründungsprozeß sichtbar gewordenen Differenzierungen und Differenzen widerspiegeln die heterogene Struktur der europäischen Linken. Zu den schärfsten Kritikern gehört die griechische KKE, die nicht nur die EU prinzipiell ablehnt, sondern auch die die EL als ein undemokratisches Werkzeug der EU-Kommission beschreibt (weil die Gründung von europäischen Parteien auf Vorschriften der EU-Administration basiert). Die EL wird – auch von Beobachtern und Mitgliedern – durchaus (selbst)kritisch beurteilt hinsichtlich unzureichender Breite, politischer Prägnanz und auch ihrer internen Strukturen wegen.

Hans Modrow/PDS auf dem Gründungskongress: „Wenn diese linke europäische Partei nicht sofort in einen offenen Dialog mit allen linken Kräften in Europa sowohl mit kommunistischen und sozialistischen Parteien als auch den sozialen Bewegungen ein-

tritt haben jene Recht, die sagen, dass die Gründung dieser Partei eine Spaltung der Linken sein könnte“.

Miloslav Ransdorf/KPBM, heute stv. Fraktionsvorsitzender GUE/NGL auf dem meine Begriffe vor allem für die Massenmedien geplant. Aber wenn wir eine wirksame Partei haben wollen so müssen wir auch möglichst bald die inhaltlichen Punkte besprechen“.

Leo Gabriel/Spitzenkandidat LINKE Österreich: Es sei festzustellen, dass „zwar in den Reden die AkteurInnen der Zivilgesellschaft, der sozialen Bewegungen und der Sozialforen gelobt wurden, in Wirklichkeit der Gesamteindruck einer klassischen Parteiversammlung nicht vermieden werden konnte. Es wird also vom Grad der Offenheit und Dialogbereitschaft der EL in Zukunft abhängen, ob die zur Schau getragenen Ideale einer neuartigen linken Kraft auf dem Horizont der europäischen Parteienlandschaft auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden können. Und da gibt es wohl unterschiedliche Positionen. Die Offenste ist zweifellos die von der Rifondazione Comunista, ... die engstirnigste ist wohl die der KP Frankreichs, hinter der sich auch einige der osteuropäischen Parteien verstecken“.

Katarina Ferro/KPÖ in einem Bericht vom Gründungskongress: „Aus der Notwendigkeit heraus aktiv etwas gegen die männliche Dominanz des ersten Tages zu unternehmen, wurde eine Frauenversammlung für Sonntag früh angesetzt, die von unabhängigen Vertreterinnen und Frauen der KPÖ, Rifondazione Comunista, PDS, SYNASPISMOS, der Ungarischen Arbeiterpartei sowie Rumänischen sozialistischen Allianz genutzt wurde, ein erstes Netzwerk zu installieren und sich über erste Arbeitsschritte und Inhalte zu verständigen. Das Treffen war ausgesprochen produktiv. ... Der Antrag selbst musste noch mehrmals überarbeitet und mit den anderen Antragstellerinnen abgesprochen werden, da eine auf dem Konsensprinzip bestehende Einigung mit den Frauen der französischen kommunistischen Partei nicht gleich erzielt werden konnte“.

Junge Welt Interview (Auszüge, 10.05.2004) mit Flavia d'Angeli, Mitglied des Sekretariats der italienischen Rifondazione Comunista (PRC) und Delegierte ihrer Partei bei der Gründungskonferenz der EL

F: Ihr Parteichef Bertinotti spricht in Zusammenhang mit der Gründung der Europäischen Linkspartei von einem historischen Moment. Eine Übertreibung?

d'Angeli: Es ist eine bemerkenswerte antikapitalistische Organisation auf europäischer Ebene entstanden. Das ist sicherlich nichts Alltägliches und berechtigt zu etwas Pathos. Ich würde dennoch nicht von einem historischen Moment sprechen. Dafür ist die EL noch zu weit von einer wirklichen linken Alternative, wie wir sie brauchen, entfernt. Der Gründungsprozeß der EL und ihr Programm sind nicht offen genug für die Kräfte der radikalen Linken, die wir einbinden müssen. Ich sehe keinen wirklichen inhaltlichen und organisatorischen Anknüpfungspunkt für die sozialen Bewegungen. Nur allgemeine Zusagen und Beteuerungen. Das Programm ist zu unkonkret und muß mehr greifbare Angebote machen, zum Beispiel an die radikale Frauenbewegung.

F: Wie ist das Verhältnis zur Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), die schon Ende April ein gemeinsames Manifest für die Europawahl verabschiedet hat?

d'Angeli: Die PRC war am Aufbau der EAL von Beginn an beteiligt. Inzwischen hat sich unsere Partei auf Betreiben der Mehrheit etwas zurückgezogen, was schade ist. Es gibt in der EL ausgrenzende Tendenzen, die ich für sehr bedenklich halte. Die Attrakti-

vität und die politische Bedeutung der alternativen Linken lag gerade in ihrer Reißverschlußfunktion zwischen den radikaleren und gemäßigeren Kräften. Dahin müssen wir zurückfinden.

Mitgliedsparteien der EL:

BRD	Partei des Demokratischen Sozialismus
Estland	Estonische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Frankreich	Französische Kommunistische Partei
Griechenland	Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPIS-MOS)
Italien	Partei der kommunistischen Wiedergründung
Österreich	Kommunistische Partei Österreichs
Rumänien	Sozialistische Allianzpartei
San Marino	Kommunistische Wiedergründung
Schweiz	Partei der Arbeit der Schweiz
Spanien	Kommunistische Partei Spaniens
	Vereinigte Alternative Linke Kataloniens
	Vereinigte Linke (IU)
Tschechien	Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS)
Ungarn	Arbeiterpartei
Beobachter	Fortschrittliche Partei des Werktätigen Volkes (AKEL)
	Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI)
	Dei Link (Die Linke - Luxemburg)
	KP Böhmen und Mähren (Tschechien)
	KP der Slowakei (KSS)
	Linksblock (Portugal)

Weitere Informationen (incl. der Websites der Mitgliedsparteien sowie Programm und Statut) unter: sozialisten.de/sozialisten/el/index.htm sowie www.euroleft.org/ Siehe auch: Martin Schirdewan, Die Europäische Linkspartei – Partei der Europäischen Linken?, in: Z, Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 58, S. 151

3.4. Nordisch Grün-Linke Allianz (NGLA)

Gegründet hat sich am 1. Februar 2004 auch die "Nordisch Grün-Linke Allianz", der die Linkspartei aus Schweden, die Sozialistische Volkspartei aus Dänemark, die Sozialistische Linkspartei aus Norwegen, die Linke Allianz aus Finnland und die Links-Grüne Bewegung aus Island angehören. Norwegen und Island gehören nicht der Europäischen Union an, die Parteien der drei anderen skandinavischen Länder sind im EU-Parlament vertreten (Näheres zu diesem skandinavischen Parteienbündnis findet sich unter: www.sf.dk/index.php).

In der Erklärung zur Gründung der NGLA heißt es: „Die Allianz wurde gebildet mit dem Ziel, die internationale Zusammenarbeit und die Kontakte zwischen den nordischen Parteien ebenso zu stärken wie die auf europäischer und globaler Ebene. In ihrer Plattform stellt die Allianz fest: „Wir gründen unsere politische Arbeit auf den Säulen der Solidarität: internationaler Solidarität zwischen den Völkern der Welt, sozialer

Gerechtigkeit und einer gleichberechtigten Verteilung des Reichtums, Gleichheit der Geschlechter und Solidarität mit künftigen Generationen, die für uns auf einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung basieren. Wir sind eine nordische Allianz, aber das bedeutet nicht, dass wir Regionalisten wären. Im Gegenteil, Internationalismus ist eine grundlegende Basis unserer Parteien und internationale Solidarität ist zentraler Bestandteil unserer Philosophie und unserer Aktivitäten. Europäische und weltweite Zusammenarbeit mit fortschrittlichen grünen und linken Kräften wird für unsere Allianz Priorität haben.“ Von den Parlamentariern der Mitgliedsparteien wird erwartet, dass sie in den gleichen Gruppen in internationalen Parlamenten wie dem Nordischen Rat, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dem EU-Parlament arbeiten. Die Parteien aus Finnland, Schweden und Dänemark arbeiten zusammen in der Nordisch Grün-Linken Gruppe unter dem Dach der GUE/NGL im Europäischen Parlament. Informell besteht die Zusammenarbeit zwischen den nordischen Parteien, ihren Parteiorganisationen und Abgeordneten bereits seit vielen Jahren und hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. Deshalb haben die Parteien beschlossen, diesen Prozess zu systematisieren und Statut sowie Plattform ausgearbeitet. In den Statuten der Allianz wird die Unabhängigkeit der nationalen Parteien festgeschrieben.“ (Übersetzung durch den Verfasser).

Pia Olsen, Europa-Koordinatorin der dänischen Sozialistischen Volkspartei (SF) hat auf einer Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes in Hamburg am 15.5.2004 die Nicht-Beteiligung der SF an der EL u.a. damit begründet, dass innerhalb dieses Zusammenschlusses „kein Gleichgewicht zwischen rot und grün“ vorhanden, das aber für die skandinavischen Parteien wesentlich sei (die schwedische und finnische Partei gehöre auch dem europäischen Zusammenschluss der Grünen an). Zudem seien die meisten skandinavischen Linksparteien als Abspaltungen während internationaler Konflikte (Ungarn 1956, CSSR 1968) von den jeweiligen KPen entstanden und würden nicht mit denselben Parteien in einem Verbund auftreten wollen. Die in der NGLA verbundenen skandinavischen Parteien arbeiteten an einem eigenständigen Ost-West-Netzwerk. Darüber hinaus gebe es Ängste hinsichtlich der nationalen Souveränität, zumal 3 der 5 nordischen Parteien prinzipielle Gegner der EU seien. Gleichzeitig gebe es positive Bezüge zur EL, die SF wolle als Gast am EL-Prozess ebenso teilnehmen wie am Zusammenschluss der europäischen Grünen. Die SF müsse man sich ohnehin als „Mix aus Grünen und PDS“ vorstellen. Grundlegende inhaltliche Differenzen zur EL-Politik wurden von Pia Olsen nicht benannt (nach den Notizen des Verfassers).

Entsprechend unterschiedlich fällt auch die Zugehörigkeit der NGLA-Parteien zu den Fraktionen im Europäischen Parlament aus: während die Abgeordnete der dänischen SF – entgegen dem Votum ihres Parteivorstandes - in der aktuellen Legislaturperiode der Grünen-Fraktion im EP angehört (in den Jahren zuvor hatten sich die SF der Fraktion der Linken angeschlossen) ist die schwedische Linkspartei wie auch die finnische Linksallianz Mitglied der GUE/NGL-Fraktion. Ihr EU-Abgeordneter Jonas Sjöstedt benennt die Gründe wie folgt: „Zusammen mit der dänischen Sozialistischen Volkspartei haben wir sowohl mit den Grünen als auch der Linksfraktion verhandelt und unsere Schlussfolgerung war ganz eindeutig: Aus politischen und praktischen Gründen ist die Linksfraktion eine viel bessere Alternative. Politisch haben wir sehr viel mehr gemein-

sam mit der Linksfraktion. Sie ist Gegner der vorgelegten EU-Verfassung, während die Grünen dafür sind. In wirtschaftlichen und sozialen Fragen hat die Linksfraktion ein sehr deutliches Linksprofil, während die Grünen immer liberaler werden. In der Umweltpolitik gibt es auch keinen Unterschied. Da sind die Linken ebenso gut wie die Grünen. Deshalb fällt es mir sehr schwer, Argumente für einen Beitritt zur grünen Fraktion zu finden. Wir haben eine sehr gute organisatorische Zusammenarbeit mit anderen Parteien in der Linksfraktion und volle politische Selbstständigkeit. Unsere Auffassungen werden respektiert, während bei den Grünen viel mehr die Parteipeitsche geschwungen wird“ (Neues Deutschland, 27.8.2004, Auszug aus einem Interview mit Jonas Sjöstedt).

Siehe auch: Peter Birke, Sozialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen, in: Utopie Kreativ, Heft 163, Seite 426ff. sowie Edeltraut Felfe, Die Linkspartei in Schweden unter dem Link <http://left-parties.liquidbytes.net/index.php?id=37>

3.5. Europäische Antikapitalistische Linke (EAL)

Manuel Kellner – Mitglied der „Internationalen sozialistischen Linken“, isl, beschreibt (Neues Deutschland, 14.5.2004) Zusammenhang und deutsche Unterstützer der EAL u.a. mit folgenden Worten:

„Als Teil eines solchen emanzipatorischen Projektes versteht sich die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL). Die EAL versteht sich dabei nicht als Vorstufe zur Gründung einer Partei auf europäischer Ebene. Die an ihr beteiligten Organisationen sind frei, ihre Bündnispolitik und ihre Aktivität im eigenen Land nach eigenem Ermessen zu gestalten. Und doch will die EAL einen Prozess der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Reflexion, der in den Aufbau einer neuen, europaweiten, antikapitalistischen, pluralen und auf die außerparlamentarischen Bewegungen orientierten Kraft der Linken einmündet. An der Wiege der EAL stand die Initiative von vier Organisationen: Dem portugiesischen Linksblock, der dänischen Rot-Grünen Allianz, der Scottish Socialist Party (SSP) und der LCR (Revolutionär Kommunistische Liga) Frankreichs. ...

Inspiriert durch den Zusammenschluss der Europäischen Antikapitalistischen Linken hat sich im Frühling 2003 auch in der Bundesrepublik ein Kreis unterschiedlicher linker Gruppen und Einzelpersonen zusammengefunden. Unter anderem Menschen aus der DKP, aus der Sozialistischen Alternative SAV, von Linksruck und der internationalen sozialistischen linken (isl) haben es sich zur Aufgabe gemacht, Politik »von unten« in europäischer Perspektive neu mit Inhalt zu füllen. Obwohl ursprünglich darüber diskutiert wurde, haben die Freundinnen und Freunde der EAL in der Bundesrepublik keine Bündniskandidatur zu den Europawahlen am 13. Juni zu Stande gebracht – unterstützen jedoch die Kandidatur der DKP.“

Die Zusammensetzung der „Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland“ wird bei ihrem dritten Treffen (am 10.1.2004 in Berlin) folgendermaßen aufgelistet: Manuel Kellner (isl), Sascha Stanic (SAV), Tobias ten Brink (Linksruck), Lothar Schwarz, Johann Janssen, Paul Stern (Sozialforum Celle), Joachim Glund (Europäische Märsche), Hugo Braun (DKP), Leo Mayer (DKP), Karin Gerlich, Christoph Jünke (Re-

daktion SoZ), Richard Growe (GEW), Harald Etzbach, Helmut Born (ver.di NRW), Sascha Kimpel (Initiative für ein Berliner Sozialforum), Patrick Ramponi, Thies Gleiss, Wilfried Dubois (isl), Angela Klein (ver.di).

Mitgliedsorganisationen des Europäischen Antikapitalistischen Linken (lt. Website isl)

Bloco de Esquerda (BE) - Linksblock / Portugal

Bloque Nacionalista Galego (BNG) - Galizischer Nationalistischer Block / Galizien (Spanischer Staat)

déi Lénk - la Gauche - die Linke / Luxemburg

Enhedslisten - Einheitsliste - die Rot-Grünen / Dänemark

Espacio Alternativo - Alternativer Raum / Spanischer Staat

Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) - Revolutionäre Kommunistische Liga / Frankreich

Mouvement pour le socialisme/Bewegung für den Sozialismus (à l'encontre - Zeitschrift Debatte) Schweiz

Özgürlük ve Dayanışma Partisi (ÖDP) - Partei der Solidarität und der Revolution / Türkei

Scottish Socialist Party (SSP) - Schottische Sozialistische Partei / Schottland

Socialist Alliance - Sozialistisches Bündnis / England, Wales

Socialist Workers Party (SWP) - Sozialistische Arbeiterpartei / Britannien

SolidaritéS - Solidaritäten / Schweiz

Zutik - Aufrecht / Euskadi (Baskenland)

Als Gäste werden sind dort verzeichnet:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Deutschland

Esquerra Unida i Alternativa (EUiA) - Vereinigte und Alternative Linke / Katalonien

Izquierda Unida (IU) - Vereinigte Linke / Spanischer Staat

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) - Österreich

Partito della Rifondazione Comunista (PRC) - Partei der Kommunistischen Neugründung / Italien

Socialist Party - Sozialistische Partei / Britannien

Socialist Party - Sozialistische Partei / Irland

Synaspismos tis Aristeras kai tis Proodou - Koalition der Linken und des Fortschritts / Griechenland

Das am 29.4.2004 veröffentlichte „Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa: sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch, friedensbewegt und solidarisch“ (Aufruf zu den EU-Wahlen) hat folgende zusätzliche Unterzeichner-Organisationen: RESPECT – The Unity Coalition (England, Wales), SYRIZA (Bündnis der Radikalen Linken, Griechenland)⁵

Ergebnisse einzelner Linksparteien bei nationalen Wahlen

		Stimmenzahl	Prozent	Sitze
Island	Links-Grüne-Bewegung (2003)	16.129	8,8	5

⁵ Weitere Infos zur EAL und dem deutschen Freundeskreis (u.a. auch die Web-Adressen der oben aufgelisteten Organisationen) sind zu finden unter: www.sozialismus-von-unten.de/eal/
www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/eal.htm - www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/freunde_eal.htm

Norwegen	Sozialistische Linkspartei/SV (2001)	316.407	12,5	23
	Rote Wahlallianz / RV (2001)	29.963	1,2	-
Rumänien	Sozialistische Allianzpartei/PAS *			
Schweiz	Partei der Arbeit / PdA (2003)		0,7	2
Serbien	SPS (2003)		7,6	22
Türkei	ÖDP (2002)	105.886	0,34	-
	TKP (2002)	59.994	0,19	-

* PAS wurde bisher nur zu Kommunalwahlen zugelassen

Ausgewählte Resultate europäischer Linksparteien (EU-Wahl 2004)

Land	Linkspartei	Stimmenzahl	Prozent	Sitze
Belgien	PvdA/PTB		0,3	-
	LSP/MAS (trotzk.)		0,2	
Dänemark	Sozialistische Volkspartei (SFU)	150.766	7,9	1
	Volksbewegung gegen EU	97.986	5,2	1
Deutschland	PDS	1.579.109	6,1	7
	DKP	37.160	0,1	-
England	Respect - The Unity Coalition	252.216	1,5	-
	Scottish Socialist Party (SSP)	61.356	5,2	-
	Sinn Fein	144.541	1,5	1
Estland	Sozialdemokratische Arbeiterpartei	1.057	0,5	-
Finnland	Linksallianz (VAS)	151.291	9,1	1
	Kommunistische Partei (SKF)	10.134	0,6	-
Frankreich	Kommunistische Partei (PCF)	900.503	5,2	3
	Liste LO-LCR (Trotzkisten)	432.703	3,3	-
Griechenland	Kommunistische Partei (KKE)	570.669	9,5	3
	Linkskoalition (SYN)	250.202	4,2	1
Italien	Kommunistische Partei (PdCI)	783.710	2,4	2
	Kommunistische Partei (RC)	1.971.700	6,1	5
Irland	Sinn Fein	197.715	11,1	1
Luxemburg	dei Link	18.316	1,7	-
	KP Luxemburg	12.761	1,2	-
Lettland	LSP *		1,7	-
Litauen	**			
Malta	***			
Niederlande	Sozialistische Partei (SP)	332.326	7,0	2
Österreich	LINKE (Bündnis incl.KPO)	19.031	0,8	-
Portugal	Kommunistische Partei (PCP)	308.858	9,1	2
	Linksblock (BE)	167.032	4,9	1
Polen	PPP		0,5	-
Schweden	Linkspartei (V)	321.344	12,8	2
Slowakei	KP Slowakei (KSS)	31.908	4,5	-
Slowenien				
Spanien	Vereinigte Linke/Grüne (IU)	636.458	4,2	2
Tschechien	Kommunistische Partei (KSCM)	472.862	20,3	6
	Strana demokrat.socialismu (SDS)	1.709	0,07	-
Ungarn	Arbeiterpartei Ungarns/Munkaspart	56.211	1,8	
Zypern	Progressive Arbeiterpartei (AKEL)	93.212	27,8	2

* bei den nationalen Wahlen 2002 erreichte die Sozialistische Partei LSP zusammen mit LS und TSP 19,1%

** In Litauen ist die KP (SKP-KPSS) illegal

*** Die KP Maltas teilt mit, dass die Partei "nach einer beachtlichen Zahl von Jahren im Tief-schlaf" wieder auf die politische Bühne zurückgekehrt sei (laut www.redglobe.de)

4. Kurzinformationen zu ausgewählten Parteien

Dänemark / Sozialistische Volkspartei, SF (Socialistisk Folkeparti)

Martin Kaag, Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks:⁶

Die Sozialistische Volkspartei (SF) entstand 1958/59 nach Jahren der innerparteilichen Auseinandersetzungen innerhalb der dänischen Kommunistischen Partei. Die Rebellen, die die Partei verließen, standen in Opposition zur sowjetischen Invasion in Ungarn, zur stalinistischen Ideologie und gegenüber allen Formen der Unterordnung der KP unter sowjetische Vorherrschaft. Nach der Gründung der SF waren sich daher die Mitglieder einig in der Notwendigkeit der absoluten internationalen Unabhängigkeit der neuen Partei und eines demokratischen Weges des Landes zum Sozialismus. Die Organisationsstrukturen der neuen Partei waren frei und demokratisch, jegliche Vorstellungen eines "demokratischen Zentralismus" wurden abgelegt.

Von Beginn an respektierte die SF die zentrale Rolle des Parlaments (Folketing) und ging von der Notwendigkeit der Bildung parlamentarischer Mehrheiten zur Durchsetzung ihrer Ziele aus. Die Herstellung einer Mehrheit aus Sozialistischer Volkspartei und Sozialdemokraten ("Rote Mehrheit") galt als Bedingung für den Erfolg. Allerdings wurde in den letzten Jahren die Notwendigkeit größerer Flexibilität stärker betont.

Die kürzlich in Dänemark durchgeführten Wahlen brachten einen leichten Rückgang für die SF, die mit den erzielten 6,4 Prozent 12 Parlamentssitze (von insgesamt 175) errang. Ihre größte Stärke hatte die SF 1984 mit 14 Prozent der Stimmen. In den sechziger Jahren lag ihr Anteil jeweils um sechs, in den siebziger Jahren, in Zeiten innerparteilicher Krisen, sogar nur zwischen fünf bis vier Prozent. Auf der lokalen und regionalen Ebene der Partei verfügt die SF heute über eine - verglichen mit den ersten 20 Jahren ihrer Existenz - solide Basis. Ihr gehören ungefähr 200 Gemeindevertreter an, sie besetzt fünf Bürgermeisterposten und ist flächendeckend in allen 16 Regionalvertretungen Dänemarks präsent.

1972 sprach sich die SF gegen den Beitritt Dänemarks in die EU aus und für die gesamten darauf folgenden 20 Jahre war die Partei ein aktiver Teil der breiten Volksbewegung gegen die dänische Mitgliedschaft. Im Anschluss an den "Nationalen Kompromiss" über die vier dänischen Ausnahmeregelungen zum Maastricht-Vertrag, der aufgrund der Initiative der SF zustande kam, kühlte sich allerdings das Verhältnis zu dieser Basisbewegung ab. Erst mit dem Nein der SF zum Amsterdamer Vertrag verbesserte sich das Verhältnis wieder etwas. Doch die Situation hat sich insofern geändert, als die SF in der EU heute ein politisches Kampffeld sieht und nicht mehr den Austritt des Landes anstrebt. Diese Forderung ist daher 1999 auch aus dem Programm gestrichen worden.

⁶ aus: europarot (Zeitschrift der PDS-Fraktion im Europäischen Parlament, Ausgabe Februar 2002, Auszüge

Da die EU-Mitgliedschaft inzwischen akzeptiert ist, besitzt für die SF der Kampf um die Strukturen und um den Einfluss in der EU eine hohe Bedeutung. Die Partei ist der Ansicht, dass die europäische Zusammenarbeit auf der Grundlage des freien Willens und der Souveränität der Völker beruhen muss. Deshalb lehnt sie kategorisch alle Tendenzen zur Errichtung eines föderalen Bundesstaates, einschließlich der Europäischen Währungsunion und der Militärisierung der EU, ab. Und die Hinnahme des Vertrags von Maastricht ist daran gebunden, dass Dänemark in jenen Fragen außerhalb der EU-Zusammenarbeit bleibt. Die SF befürwortet hingegen die überstaatliche Kooperation auf verschiedenen anderen Gebieten, besonders im Umweltbereich, zum Schutz der Arbeit, im Energiebereich, bei bestimmten sozialen Rechten und Steuergesetzen. Die SF unterstützt ausdrücklich den Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten in die EU und verlangt, ihnen günstige Übergangsperioden einzuräumen. Sie setzt sich für mehr Transparenz und Demokratie in der EU ein, ohne allerdings dem Europäischen Parlament mehr legislative Rechte zugestehen zu wollen. ...

Das Internationale Komitee der SF beschreibt die Sozialistische Volkspartei in einer kurzen Zusammenfassung von Januar 2003 folgendermaßen⁷

„Die SF ist eine dänische sozialistische Partei, die ins sich Rote und Grüne Perspektiven mit einem demokratischen Herangehen vereint. Gegründet 1959, hat sie kontinuierlich für die Verteidigung sozialer und politischer Menschenrechte gekämpft sowie für den Weg zu demokratisch-sozialistischen Veränderungen in und außerhalb Dänemarks. Die SF kämpft für sozialistische Veränderungen der Gesellschaft, um mehr wirtschaftliche, soziale und politische Gleichheit und Gerechtigkeit zu sichern und den Neoliberalismus und eine durch das Kapital beherrschte Welt zu bekämpfen. Die SF ist überzeugt, dass eine andere Welt möglich ist. Für die SF gibt es keinen wirklichen Sozialismus ohne Demokratie geben. Deshalb halten wir Demokratie, demokratische Rechte und Garantien für Minderheiten für unverzichtbar. Alle Veränderungen müssen basieren auf Vereinigungsfreiheit (Parteien), freien Wahlen und freier Diskussion. Wir halten es für außerordentlich wichtig, an Graswurzel-Bewegungen teilzunehmen und uns von diesen inspirieren zu lassen – beispielsweise den Gewerkschaften, Mieterorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Feministinnen, Umwelt- und Konsumenten-Netzwerken usw. Die SF schaut über die Grenzen von Dänemark und Europa hinaus und glaubt an eine Globalisierung der Solidarität. Die SF begrüßt wärmstens die Befreiung von den Fesseln der Unterdrückung in Zentral und Osteuropa sowie der Sowjetunion in den Jahren 1989-91. Gegenwärtig freuen wir uns über die Erweiterung der EU und begreifen diese als „politisches Schlachtfeld“, obwohl selbstverständlich mehr Transparenz und Demokratie in der EU erforderlich sind. Wir halten es für notwendig, die ungleiche Verteilung des Reichtums zwischen den verschiedenen Teilen der Welt ebenso zu bekämpfen wie die Kontrolle der Ressourcen durch die Mächteliten des Westens wie auch durch die herrschenden Gruppen einiger Länder der Dritten Welt. Das Verhalten der reichen Industriestaaten hat zu einem dramatischen Wachstum der Ungleichheit geführt – mit Massenarmut und Ungerechtigkeit für Dreifünftel der Weltbevölkerung. ... Im Kampf gegen die Armut muss der Stärkung der Position der Frauen besondere Aufmerksamkeit gelten. Grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Redefreiheit und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen sind so bedeutend, dass sie im Zentrum jeder künftigen Politik stehen müssen.“

Siehe ausführlicher auch: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Michael Brie (Hrsg.) Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien (Manuskripte 41) Karl Dietz Verlag Berlin 2003 (download als PDF von die Website der RLS möglich!) sowie Peter Birke, Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien

⁷ <http://www.sf.dk/index.php> - Auszüge, Übersetzung durch d. Verfasser

in Dänemark: Sozialistisk Folkeparti und Enhedslisten (left-parties.liquidbytes.net/index.php?id=37)

Finnland / Linksallianz Finnlands (vasemmistoliitto)

Esko Seppänen, stv. Vorsitzender und EP-Abgeordneter der Linksallianz.⁸

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war die „Demokratische Bewegung des finnischen Volkes (Suomen kansan Demokraattinen liitto) die Dachorganisation der Kommunistischen Partei bei den Wahlen. In der Krise des realen Sozialismus am Ende der achtziger Jahre wurde sie durch die Linksallianz (Vasemmistoliitto) ersetzt. Diese Allianz profitierte anfangs noch von dem großen materiellen Vermögen der Partei. Doch als Ergebnis von verfehlten Spekulationen an der Börse schmolzen diese Ressourcen schnell dahin. Am Ende stand nur der unehrenhafte ökonomische Bankrott der Kommunistischen Partei.

Im Gegensatz dazu stehen die Erfolge der Linksallianz bei den Wahlen. Im westeuropäischen Vergleich sind die jeweils erreichten 10-12 Prozent aller Stimmen ein gutes Ergebnis. In den kürzlich im März 2003 stattgefundenen Wahlen erhielt die Linksallianz 9,9 Prozent. Sie kann damit 19 Abgeordnete von insgesamt 200 im finnischen Parlament stellen, einen weniger als bei den vorangegangenen Wahlen. Die Allianz ist seit 1995 Regierungspartei und hatte sich zum Ziel gesetzt, bei der im April stattgefundenen Neubildung der finnischen Regierung erneut Koalitionspartner zu werden. Für westeuropäische Verhältnisse war schon die bisherige Koalition unter Einschluss von Repräsentanten sowohl rechter als auch linker Positionen, bei der die Zentrums-partei regelmäßig in der Opposition stand, ausgesprochen ungewöhnlich. Bei den Märzwahlen hat nun allerdings die Zentrumspartei auf Kosten der Konservativen stark zugelegt, so dass sie in die Regierung eingetreten ist und die Konservativen in die Opposition gehen mussten. Auch die Linksallianz gehört nun nicht mehr der Koalition an.

In der Wirtschaftspolitik verteidigt die Linksallianz die Zusammenarbeit von Regierung, Unternehmen und Lohnabhängigen. Dieser Kooperatismus ist in der finnischen Politik das bestimmende Element. Keine Partei stellt diese heilige Dreieinigkeit des Kooperatismus in Frage. Sie ist die Basis der Macht der Sozialdemokratischen Partei und die Grundlage für die Zusammenarbeit unterschiedlichster politischer Kräfte mit ihr in der Regierung.

Innerhalb der Allianz sind es vor allem die Führer der sich an der Linksallianz orientierenden Gewerkschaft, die sich für eine enge Zusammenarbeit der linken Parteien stark machen und damit die Linksallianz fest an die Sozialdemokraten binden. Diejenigen, die sich hingegen für eine stärkere linke Profilierung aussprechen, kritisieren diesen Kurs. Die Linksallianz versucht gegenwärtig ihr Image in Richtung einer rot-grünen Orientierung zu verändern. Sie hat sich daher klar gegen den Bau von weiteren Atomkraftwerken ausgesprochen. Das erfreut nicht unbedingt jene Mitglieder, die in den Gewerkschaften verankert sind, doch wird von ihnen im Gegenzug nicht verlangt, dass sie sich am Parlament stur an diese Vorgaben der Partei halten. ...

Nach dem ökonomischen Zusammenbruch der alten Kommunistischen Partei hat sich die KP außerhalb der Linksallianz neu gegründet. Mit weniger als einem Prozent bei den Wahlen ist sie aber marginalisiert. Für die Linksallianz stellt sie daher kein Problem dar. Die politische Plattform der Linksallianz zielt nicht in Richtung des Aufbaus des Sozialismus. Das Selbstverständnis gründet sich vielmehr auf die Verteidigung des Wohlstands der Bevölkerung. Dies ist die Basis,

⁸ Auszüge aus: europaport, Mai 2003, siehe auch: <http://www.vasemmistoliitto.fi/en.html> - diese Website enthält in englischer Sprache zahlreiche weitere Informationen, u.a. auch das Parteiprogramm / Siehe auch: Kalevi Suomela, The Left Alliance of Finland and the European Union - an enigmatic relationship unter <http://left-parties.liquidbytes.net/index.php?id=37>

auf der die Linksallianz zur wichtigsten mittelgroßen Partei Finnlands geworden ist. Die Partei hat bei den Wahlen regelmäßig eine größere Anhängerschaft als die Grünen, die vor allem von jüngeren Wählern gewählt werden. Mit 8 Prozent erhielten die Grünen bei den letzten Wahlen 14 Sitze. Die Anhängerschaft der Linksallianz besteht dagegen aus der mittelalten bis älteren Wählern aus der Arbeiterklasse mit gesellschaftlich konservativen aber sozialpolitisch antikapitalistischen Werten.

Estland / Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Esdtp)

Sie ist Nachfolgepartei des Teils der Estnischen KP aus der Sowjetzeit, der frühzeitig auf die nationale Unabhängigkeit orientierte. Unmittelbar nach der Wende verfügte sie über beträchtlichen Einfluss. Heute hat sie circa 1.100 Mitglieder. Bei den letzten Wahlen blieb sie unter einem Prozent und ist Opfer der insgesamt starken Rechtsentwicklung in Estland. Sie setzt sich auch für die Interessen der über 25 Prozent russischsprachigen Bevölkerung ein. Eine nicht unbedeutende Anzahl der Mitglieder engagiert sich für ein stärkeres Aufgreifen ökologischer Themen. Soziales und Ökologie zu verbinden- das ist ein interessanter Ansatz in Estland, den die anderen Parteien bisher nicht verfolgen. Seit vielen Jahren ist die Esdtp als einzige Partei aus dem postsowjetischen Raum Mitglied des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF). Die Beziehungen zur PDS sind gut. Es besteht ein enges Verhältnis zu skandinavischen Linksparteien, insbesondere zum finnischen Linksbund.⁹

Interview mit Sirje Kingsepp, internationale Sekretärin der Estnischen Sozialdemokratischen Partei der Arbeit:

Welche Geschichte hat eure Partei?

Die meisten Mitglieder unserer Partei stammen aus der Estnischen Kommunistischen Partei (KPE) als Teil der KPdSU. In den 90er Jahren haben wir den Parteinamen verändert, weil das Wort "kommunistisch" in Estland heute nicht populär ist. Als unser jetziger Vorsitzender Tiit Toomsalu sein Amt übernahm, haben wir damit aufgehört, uns nur als Erbin der KP zu definieren. Wir mussten verhindern, dass uns das ständig vorgehalten wird. Dabei sind in allen politischen Parteien Estlands ehemalige Mitglieder der KPE zuhauf zu finden. So hatte unser jetziger Staatspräsident eine hohe Funktion in der KPE inne. Und der Chef der am meisten neoliberalen Partei war zu Sowjetzeiten Chef der Gewerkschaft. Jetzt ist er Kandidat als das estnische Mitglied der Europäischen Kommission.

Welche Aufgaben sieht eure Partei gegenwärtig als die wichtigsten an?

Eine wichtige Aufgabe ist die Veränderung des Systems der Einkommenssteuern. Gegenwärtig zahlt jeder Este und jede Estin, gleichgültig, wie viel sie verdienen, 26 Prozent Einkommenssteuer. Wir halten das für nicht gerecht und verlangen, dass das System der progressiven Besteuerung wieder hergestellt wird, wie es im Übrigen in Estland immer war. Diese Forderung haben wir bereits bei den Parlamentswahlen gestellt, aber wir haben die Wahlen nicht gewonnen. Solange unsere Partei so klein ist, kann sie wenig ausrichten. Es fällt sehr schwer, in die Medien zu kommen, da die meisten unter starkem Einfluss der Regierung stehen. Gegenwärtig sind wir im Wahlkampf zu den Europawahlen. Der Wahlkampf gibt uns gute Möglichkeiten, unsere programmatischen Vorstellungen den einfachen Menschen nahe zu bringen. Wir hoffen auch, dass die europäische Politik einen positiven Einfluss auf die Politik der estnischen Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet haben wird. Auf Kritik von außen wird in Estland eher reagiert als auf Forderungen von innen.¹⁰

⁹ Aus: Disput/ Mitgliederzeitschrift der PDS, April 2004, Siehe auch: www.esdtp.ee

¹⁰ Auszüge aus: Disput, Mai 2004

Tschechien / Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS)

Dies ist eine kleine politische Organisation linker Enthusiasten. Sie gründete sich in den 90er Jahren, um die reformorientierten Linken aufzufangen, die nicht mehr in der KP Böhmens und Mährens verbleiben wollten. Zu letzterer hat sich inzwischen ein konstruktives Verhältnis herausgebildet; zugleich ist die tschechische Partei des Demokratischen Sozialismus auf Eigenständigkeit bedacht. Sie steht theoretisch und politisch der PDS in Deutschland nahe. Zwischen beiden Parteien haben sich gute Kontakte und praktische Formen der Zusammenarbeit herausgebildet, insbesondere auf Länder- und Regionalebene.¹¹

Auf ihrer website finden sich unter der Rubrik „International“ auf deutsch und englisch z.T. sehr informative Texte zur Geschichte der SDS bzw. der KP der tschechischen Republik. Der Vorsitzende, Milan Neubert, ist 1994 in Folge der Parteispaltung aus der tschechischen KP (KSCM) ausgetreten und schreibt: „Noch heute existieren wir in Form der tschechischen Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS) als ein kleiner intellektueller Kreis“, die Gruppe zählt rund 400 Mitglieder. Die SDS sieht in der KP Böhmen und Mähren die eigentliche linke Oppositionspartei in Tschechien und bemüht sich um engere Beziehungen.

Tschechien / Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM)

Prager Kommunisten sind starke Kraft. Von Jaroslav Polivka, Prag:¹²

Die aus der KSC, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, hervorgegangene und Ende März 1990 gegründete Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) ist mit 100.781 Mitgliedern weiterhin die zahlenmäßig stärkste Partei in Tschechien und, wenn man Medienberichten glauben darf, auch die finanziell am besten ausgestattete. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2002 konnte sie mit 18,5 Prozent der Stimmen die Zahl ihrer Mandate von 24 auf 41 erhöhen. Der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) gehören insgesamt 41 Abgeordnete von 17 Parteien aus 14 Ländern an – sechs davon entsendet die KP Böhmens und Mährens. ...

Bei den Parlamentswahlen vor zwei Jahren konnte die KP Böhmens und Mährens (KSCM) als einzige Partei zulegen und ist heute drittstärkste Kraft im Parlament. Im Juni dieses Jahres bekam sie bei den erstmals in Tschechien abgehaltenen Europawahlen sogar knapp über 20 Prozent und wurde nach der Demokratischen Bürgerpartei (ODS – 30 Prozent) zweitstärkste Kraft. ... Die regierenden Sozialdemokraten kamen mit 8,78 Prozent nur auf den vierten Platz. Sechs der 24 tschechischen Europaabgeordneten sind Kommunisten. Darunter der langjährige KSCM-Vizevorsitzende Miloslav Ransdorf, der bei den Europawahlen das Kunststück schaffte, landesweit die meisten Stimmen aller Kandidaten auf sich zu vereinen. Auch der frühere Kosmonaut Vladimir Remek schnitt glänzend ab, obwohl der Weltraumfahrer nicht als politisches Schwergewicht gilt. Ransdorf, Remek und Genossen bilden eine starke Gruppe unter den 41 Abgeordneten der linken Fraktion im Straßburger Parlament. Ob künftig bei Wahlen noch mehr möglich ist, bleibt nicht nur wegen der jüngsten Umfrageergebnisse ungewiss, die erstmals die Sozialdemokratische Partei (CSSD) wieder einen Prozentpunkt vor der KSCM sehen. Ähnlich wie die in der Regierung vertretenen Christdemokraten haben auch die Kommunisten einen fest umrissenen Wählerstamm, der von Demoskopen auf 11 bis 13 Prozent geschätzt wird. Deutlichen Zuwachs wie in den Jahren 2002 und 2004 brachten frustrierte Protestwähler, die jederzeit zu ihren Stammparteien zurückkehren könnten. Zwar kann die KSCM auch weiter auf solche Gruppen hoffen, da die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für noch mehr Unzufriedenheit sorgen

¹¹ Auszüge aus: Disput, Mai 2004, siehe auch: www.sds.cz

¹² Aus: Neues Deutschland, 8.10.2004, leicht gekürzt. Siehe auch: www.kscm.cz

wird, doch vielen der von der Regierung Enttäuschten ist sie keine wirkliche Alternative. Sie hat sich bis heute zu keiner kritischen Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit durchringen können. Auch dass sie sich weiter kommunistisch nennt und im Programm erklärt, sie gehe »von der marxistischen Theorie des offenen Dialogs mit internationalen kommunistischen und linken Bewegungen« aus, macht sie für viele Tschechen nicht wählbar. Da hilft auch der Nachsatz im Programm wenig, man sei »offen für neue Gedanken und Erkenntnisse«, zumal ausgerechnet der erfolgreiche Europaabgeordnete Ransdorf dafür steht, wie schwer sich seine Partei damit in der Praxis tut. Ransdorf ist der markanteste Vertreter einer innerparteilichen Reformgruppe, die auf Modernisierung drängt. Zwar setzten sich »konservative« Kräfte um Parteichef Miroslav Grebenicek noch einmal gegen die Reformer durch, doch Ransdorf, der im Gegensatz zur Mehrheit der Partei den EU-Beitritt des Landes befürwortete, konnte nicht mehr einfach abgeschoben werden, sondern erhielt den Spitzenplatz auf der Kandidatenliste zum Europaparlament.

Im neuen KSCM-Parteiprogramm vom Dezember 1999 werden die Globalisierung und die EU in ihrer heutigen Form kritisiert. Während die europäische Integration generell als objektiver Prozess betrachtet wird, der auch Vorteile bringen kann, war die KP Böhmens und Mährens die maßgebliche Kraft im Lande, die sich beim EU-Referendum gegen einen Beitritt stark gemacht hatte. In ihrer internationalen Zusammenarbeit hat sich die KSCM auf kommunistische Parteien orientiert, aber im Umfeld des tschechischen EU-Beitritts ihre Kontakte mit der Linksfraktion im Europäischen Parlament und den dort vertretenen Parteien erweitert. Der im Mai dieses Jahrs gegründeten Europäischen Linkspartei gehört die KSCM als Beobachter an.

Ransdorfs hervorragendes Abschneiden bei den Wahlen dürfte denn auch weniger in Straßburg und Brüssel als vielmehr zu Hause politische Folgen haben. Noch ist die KSCM bei allen Wahlerfolgen weit von einer Beteiligung an der Macht entfernt. Ob sich daran nach den Parlamentswahlen 2006 etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Sollte die Partei erneut zulegen, käme man möglicherweise bei einer Regierungsbildung nicht mehr an ihr vorbei. Das könnte die KSCM einer Zerreißprobe aussetzen und Reformern wie Ransdorf eine neue Chance geben. Weshalb manche Genossen, die Ransdorf lieber in Straßburg als in Prag sehen, bei den nächsten Wahlen vielleicht sogar gern ein paar Prozentpunkte weniger als mehr hätten.

... Anders als Mitte der 90er Jahre gibt es heute in Tschechien eine klare »linke« Mehrheit, zählt man die Sitze der Sozialdemokraten und der KSCM zusammen. Die Sozialdemokraten haben sich bislang allerdings immer geweigert, eine Regierungskoalition mit der KSCM einzugehen. Diese Haltung ist aber zunehmend umstritten in der Partei. Zdenek Jicinsky gehört zu den linken Sozialdemokraten, die die Auffassung vertreten, dass eine Ignorierung der KSCM die Linke insgesamt schwächt. »Unsere Partei hat sich 1989 auf einer antikommunistischen Basis aufgebaut. Aber wenn wir Glaubwürdigkeit gewinnen und unseren Einfluss stärken wollen, können wir auf dieser Basis nicht länger arbeiten. 1989 war der Antikommunismus eine natürliche Reaktion der Mehrheit der tschechischen Gesellschaft auf das alte Regime. Die Rechten, die dann aufgetaucht sind, haben sich seiner bedient, um ihre politische und ideologische Hegemonie zu errichten und mit extrem unpopulären Reformen die »Transformation zum entfesselten Kapitalismus« durchzusetzen.« Die Tschechen aber, meint Jicinsky, haben ihre Illusionen verloren; die Vorherrschaft des Antikommunismus schwindet. »Mehr und mehr vergleichen sie heute die positiven und die negativen Seiten des alten und des neuen Regimes. Sie sehen, dass nichts einfach schwarz oder weiß ist. Das alte Regime war nicht »das Reich des Bösen«, und das neue ist nicht »die beste aller Welten.« »Für die Wähler sind die Kommunisten kein Schreckgespenst mehr«, meint Petr Uhl, einer der bekanntesten Oppositionellen der 70er und 80er Jahre. »Viele Menschen interessieren sich für die Kritik, die die KSCM an der antisozialen Politik der britischen Labour Party und der deutschen SPD formuliert, weil die tschechischen Sozialdemokraten versuchen, sie zu importie-

ren; sie lehnen auch die Unterstützung für Bushs Irakkrieg ab. Auch Nichtkommunisten sehen heute in der KSCM eine Alternative zu den Sozialdemokraten, weil sie linker, sozialer, demokratischer sei.« ...

In dem Maße aber, wie das Gespenst des Antikommunismus verblasst, wird es der KSCM schwer fallen, sich in die westeuropäische antikapitalistische Linke zu integrieren. Die von ihr projizierten Schreckgespenster wie der deutsche Revanchismus, der Niedergang der öffentlichen Sicherheit seit 1989 und die Abwehr der Immigration, die sie mit »Epidemien« und »Kriminalität« gleichsetzt, werden auf betretenes Schweigen stoßen. Solche Positionen haben noch Rückhalt in der tschechischen Gesellschaft. Wirtschaftlich und gesellschaftlich fortschrittliche Positionen kombinieren sich hier häufig mit autoritären Positionen, was die individuellen Freiheiten betrifft. Petr Uhl erklärt dies mit dem Erbe aus der totalitären Zeit: »In den letzten 15 Jahren hat es einen starken Wandel in unserem Wertesystem gegeben. Wir sind dabei, unsere frühere Akzeptanz der Unterordnung des Individuums unter den Staat, die Partei oder irgendein Kollektiv, die ungleiche Position der Frauen, die autoritären und paternalistischen Beziehungen, die Einebnung der Unterschiede, die Einheit um jeden Preis, die verbreitete Kultur der Geheimniskrämerei zu überwinden.« Das ist eine tiefgreifender kultureller Wandel, der in anderen osteuropäischen Gesellschaften ganz ähnlich läuft. ... Nach der Auflösung der tschechoslowakischen Föderation 1992 hat dieser Nationalismus noch zugenommen. In den Augen von Petr Uhl ist der wirkliche Lakmустest für die KSCM »die Akzeptanz des Multikulturalismus, d.h. der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Verschiedenheit«. Anders ausgedrückt: der Wille, die Roma und andere Minderheiten zu integrieren. Dann stehe ihr der Weg nach Westen offen. Andernfalls werde sie den Weg der russischen KP gehen: in den Chauvinismus und Antisemitismus.¹³

Slowakei / Kommunistische Partei der Slowakei (KSS)

Die KP der Slowakei gründete sich 1992 neu, nachdem die Nachfolgepartei der historischen KP sich in Partei der Demokratischen Linken (SDL) umbenannt, offiziell zur sozialdemokratischen Partei erklärt und in die Sozialistische Internationale eingegliedert hatte. Nach zehn Jahren harter Anstrengungen, isoliert und diskriminiert von den anderen politischen Parteien des Landes, gelang ihr bei den Wahlen von 2002 der Überraschungserfolg, 6,3 Prozent der Wählerstimmen zu erringen und erstmalig mit 11 von insgesamt 150 Abgeordneten ins slowakische Parlament einzuziehen. Mit 23.000 Mitgliedern zählt die KPS heute zu den mitgliederstärksten Parteien des Landes. Sie artikuliert vor allem die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit den sich verschlechternden Lebensbedingungen (Arbeitslosigkeit: 20 Prozent). Die KPS lehnte den Beitritt der Slowakei zur NATO ab, sprach sich aber für die Mitgliedschaft in der EU aus, da sie in isolierter Entwicklung des Landes keine Alternative sieht. Sie setzt sich für die Einheit der Linken in der EU ein, um deren Potenzial im Kampf gegen den voranschreitenden Sozialabbau zu stärken. Als parlamentarische Partei hat sie einen Beobachter ins Europaparlament entsandt, der in der Fraktion GUE/NGL mitarbeitet.¹⁴

Frankreich / Französische Kommunistische Partei (PCF)

Sie ist eine der traditionsreichsten und größten KP in Europa. Die FKP konnte bei den jüngsten Regionalwahlen eine eindrucksvolle Stabilisierung ihrer gesellschaftlichen Verankerung erreichen. Das ist nach der Abwahl des Mitte-Linksprojekts bei den Parlamentswahlen 2002 und den danach einsetzenden innerparteilichen Debatten über das künftige Profil besonders wichtig. Sie

¹³ Mark Johnson, Der Wahlsieg der KSCM, in: Sozialistische Zeitung September 2004, leicht gekürzt

¹⁴ Auszüge aus: Disput, Mai 2004, siehe auch: <http://kss.jaso.sk/> bzw. englischsprachig den link: <http://kss.jaso.sk/index.php?jaz=en>

verfügt nun landesweit in den Regionen bzw. auf der kantonalen Ebene über circa 180 Abgeordnete - 30 Mandate mehr als bisher. In der Nationalversammlung und im Senat ist die FKP mit eigener Fraktion bzw. Senatoren vertreten.

Sie hat gegenwärtig etwa 180.000 Mitglieder. Auf dem 32. Parteitag (April 2003) hat sich die Partei ein neues Programm gegeben. Es bilanziert die seit dem 29. Parteitag unter Robert Hue eingeleitete Erneuerung und ist zugleich Resultat der kritischen Suche nach Ursachen für das Scheitern der Regierungskoalition von Sozialisten, Kommunisten und Grünen. Die strategische Linie zielt auf die Bündelung breiter Kräfte. Die Partei will neue Formen der politischen Sammlung suchen und strebt nach einer Einheit aller Linken. Dieser Prozess soll einhergehen mit einer grundlegenden Debatte zwischen den verschiedenen Linksformationen - transparent und unter Kontrolle der Menschen. Die FKP orientiert auf konkrete Veränderungen des Hier und Heute und setzt auf die Stärkung des emanzipatorischen Moments. ...Die jüngste Tagung des Nationalen Rates (höchstes Organ nach dem Parteitag) am 3. und 4. April 2004 hat mit über 90 Prozent - bei nur sechs Gegenstimmen - die künftige Mitgliedschaft der FKP in der EL auf Grundlage der jetzigen Entwürfe der Gründungsdokumente bestätigt.¹⁵

Frankreich / Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR)

In Frankreich entstand bereits in den Jahren von 1934 bis 1936 eine nicht unbedeutende trotzkistische Strömung. ... In denselben Jahren vereinten die verschiedenen Strömungen in der Linken sich im Abwehrkampf gegen den europäischen Faschismus, der auch Frankreich zu erreichen drohte, und bildeten die »Volksfront« (Front Populaire). ... Ab 1936 war die KP, obwohl nicht mit eigenen Ministern am Kabinett beteiligt, faktisch Regierungspartei und tat alles, um den nach dem Wahlsieg der »Volksfront« spontan ausbrechenden Generalstreik abzuwürgen. Deswegen tat sich links von Sozialdemokratie und KP ein breiter Raum auf. Neben anderen Gruppen, die ihn füllten, entstand 1936 eine Ligue Communiste, die trotzkistisch orientiert war. Auch auf dem linken Flügel der Sozialistischen Partei unter Maurice Pivert gab es ähnlich orientierte Strömungen, oder zumindest Sympathien. Während des Zweiten Weltkriegs überlebten nur kleine Gruppen, und nach 1945 ein kleiner organisatorischer Kern unter dem Namen Parti Communiste Internationaliste (PCI), der sich in den 50er Jahren spaltete. Aber durch die politische Radikalisierung eines Teils der Jugend, die der generalisierten Revolte im Frankreich des Mai 1968 voran ging, entstanden neue bedeutendere Strömungen. Ihre Vorgeschichte reicht in den Widerstand gegen den französischen Kolonialkrieg in Algerien (1954—1962), der die gesamte radikale Linke strukturierte, zurück. 1965 wurden Krivine und einige weitere Mitglieder wegen Linksabweichung aus dem KP- Studentenverband ausgeschlossen. Sie begründeten in der Folgezeit die Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JCR), die eine der tragenden Gruppen des Bündnisses bildete, das die Demonstrationen im Pariser Mai 1968 organisierte. Die Jugendorganisation JCR tat sich mit einigen der älteren Aktivisten aus der PCI-Zeit zusammen, um eine gemeinsame politische Organisation ins Leben zu rufen. Diese entstand 1969 unter dem Namen Ligue Communiste. Im selben Jahr kandidierte Alain Krivine zur französischen Präsidentschaftswahl, erhielt jedoch nur 1%. Das hatte u.a. damit zu tun, dass die Bindungskraft der KP auf die französischen Arbeiter zu jener Zeit zumindest bei Wahlen noch ungebrochen war — obwohl ihre auf rasche Beruhigung der Revolte ausgerichtete Strategie im Mai 1968 an der eigenen Basis gescheitert war. Am 21. Juni 1973 war die Ligue Communiste maßgeblich an der Sprengung einer Großveranstaltung der neofaschistischen Gruppierung Ordre nouveau in Paris beteiligt. Daraufhin verbot die Regierung unter dem konservativen Präsidenten George Pompidou die Ligue Communiste

¹⁵ Auszüge aus: Disput, Mai 2004, siehe auch: www.pcf.fr

(und allerdings auch die rechtsextreme Gruppe Ordre Nouveau). Doch 1974 konnte sie unter ihrem neuen Namen, Ligue Communiste Révolutionnaire, wieder gegründet werden.

Während der 70er Jahre war die LCR sehr stark auf der Straße und auch an Schulen und Universitäten präsent. Aber sie wies einen eher geringen Bezug zu Wahlen auf. Zwar kandidierte die LCR mitunter. Dennoch versuchte sie jedesmal, breitere Bündnisse zu bilden, und kandidierte nur allein, wenn dies nicht gelang. Deswegen blieb ihre wahlpolitische Wirkung zu jener Zeit relativ gering. Hingegen setzte die LCR während der ganzen Zeit ihrer Existenz auf die Präsenz in gesellschaftlichen Kämpfen unterschiedlicher Natur, etwa im Bereich des Antifaschismus und Antirassismus, des Feminismus oder der Ökologie, und später der so genannten Globalisierungskritik. Dabei versuchte sie stets, die fortschrittlichsten, politisch am weitesten radikalisierten Kräfte aus diesen verschiedenen Kämpfen für sich zu gewinnen und zu einer Konvergenz der Bewegungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Konfliktfeldern beizutragen.

Seit den späten 90er Jahren hat die LCR aber auch erstmals unter ihrem eigenen Namen Fuß auf dem Feld der Wahlpolitik gefasst und dabei einen gewissen Zuspruch erfahren. Zu den Europaparlamentswahlen 1999 sowie den Regionalparlaments- und den Europaparlamentswahlen 2004 wurden dabei Wahlbündnisse mit Lutte Ouvrière (LO), der anderen größeren trotzkistischen Partei in Frankreich, geschlossen. Diese hatte in der Vergangenheit ihre Aktivität weit stärker auf die Wahlbeteiligung (sowie die Betriebsarbeit) konzentriert und war gleichzeitig sehr viel weniger an sozialen Bewegungen beteiligt als die LCR. In jüngerer Zeit ist es zu einer relativen Annäherung der Praktiken gekommen, auch wenn noch immer sehr große Unterschiede in den jeweiligen »Organisationskulturen« bestehen. Die beiden bisher »erprobten« Wahlbündnisse von LO und LCR, im Juni 1999 und im März 2004, erbrachten jeweils rund 5% der Stimmen. Aber auch die Alleinkandidatur des LCR-Bewerbers Olivier Besancenot zur Präsidentschaftswahl 2002 war, mit »aus dem Stand« erreichten 4,3%, ein Erfolg. Zumal bei jener Wahl auch zusätzlich die langjährige Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller ein weiteres Mal antrat, die 5,8% erhielt...¹⁶

Griechenland / Synaspismos (SYN)

Synaspismos ist eine griechische Linkspartei, die erst seit 1992 existiert. „Synaspismos“ bedeutet „Koalition“ und der vollständige Name lautet „Koalition der Linken und Progressiven“ und ist zugleich ein Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der Partei. Sie ist aus einer breiten Koalition von linken und progressiven Kräften hervorgegangen, die 1989 gebildet wurde. Nachdem 1991 die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) aus diesem Bündnis wieder ausschied, entstand aus den verbliebenen Strukturen eben „Synaspismos“. Synaspismos definierte sich selbst auf ihrem Gründungskongress im Juni 1992 als eine Partei der neuen, modernen und demokratischen Linken, die das Streben der Arbeiterbewegung nach sozialer Gerechtigkeit mit den neuen Werten der ökologischen und feministischen Bewegung verbinden will. Sie sieht sich als Partei, die einen aktiven Beitrag zur Überwindung der kapitalistischen in eine demokratisch sozialistische Gesellschaft leisten will. Sie ist pluralistisch orientiert und betrachtet die Verteidigung der Menschenrechte als nicht verhandelbar. Einen hohen Stellenwert gibt sie der Arbeit in den sozialen Bewegungen. In den Gewerkschaften ist sie auch in den höheren Rängen vertreten. Mitglieder von Synaspismos sind darüber hinaus in allen übrigen sozialen Bewegungen gut verankert: In femini-

¹⁶ Bernhard Schmid, Paris / Sozialistische Zeitung, Mai 2004 / Siehe auch: <http://www.lcr-rouge.org> - An anderer Stelle beziffert der Autor die Mitgliedszahlen der beiden trotzkistischen Organisationen auf jeweils rund 3.000; das bei den EU-Wahlen 2004 deutlich schlechtere Abschneiden der gemeinsamen Liste von LO-LCR - 3,3 Prozent und Verlust der bisherigen 3 Mandate - wird von ihm in starkem Maße auf das neue französische Wahlrecht zurück geführt.

stischen Organisationen, unter den Rassismus-Gegnern, den Umweltaktivisten und den Globalisierungskritikern. ... Bei den ersten Wahlen vom Oktober 1993, kurz nach der Gründung der Partei, verfehlte Synaspismos nur denkbar knapp den Einzug in das Parlament. Mit 203.000 Stimmen erreichte sie 2,94 Prozent und blieb damit mit 0,06 ganz dicht unter der 3%-Hürde. Bei der folgenden Wahl 1996 war man hingegen erfolgreicher. Mit 5,11% gelang es, insgesamt zehn Abgeordnete in das Parlament in Athen zu bringen. Einen Rückschlag bedeuteten dann aber die Wahlen im April 2000. Mit einem Ergebnis von 3,20% Wählerstimmen konnte Synaspismos nur noch sechs Vertreter in das Parlament entsenden.

Im Europäischen Parlament ist Synaspismos seit den Wahlen 1994 vertreten. Damals votierten 408.000 Griechinnen und Griechen für die Partei, was ein Ergebnis von 6,2% bedeutete. ... Sie arbeiten in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) mit. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2002 bildete Synaspismos in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsame Listen mit anderen Linkskräften. In der Präfektur Athen-Piräus wurde von einer solchen, politisch breiten Liste der bekannte Widerstandskämpfer Manolis Glezos als unabhängiger Kandidat aufgestellt. Mit über zehn Prozent der Stimmen war diese Kandidatur in jener für Griechenland sehr wichtigen Präfektur erfolgreich. In unterschiedlichen Bündniskonstellationen, zusammen mit anderen linken und ökologischen Kräften, gelang es Synaspismos die Mehrheit in insgesamt zehn Städten zu erreichen. Geht man von der Zahl der gewählten Repräsentanten aus, so kam Synaspismos nach der sozialdemokratischen PASOK und der konservativen Partei „Neue Demokratie“ auf Landesebene insgesamt auf den dritten Platz.¹⁷

Italien / Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione Comunista, PRC)

Der Gründungsakt wurde im Februar 1991 von Mitgliedern der traditionsreichen Italienischen KP vollzogen, die den Kurs der Auflösung der Partei und ihrer Umwandlung in die heute sozialdemokratische Partei der Demokratischen Linken (PDS, später DS) nicht mittragen wollten. Die PRC hat heute etwa 80.000 Mitglieder. Sie ist in den Parlamenten aller Ebenen und auch im Europäischen Parlament vertreten.

Die Partei sieht sich als "kommunistische Bewegung für alternativen Fortschritt" (Statutenpartei-tag 1994) und hat in den letzten Jahren enge Arbeitsbeziehungen zu den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere zu den globalisierungskritischen Kräften entwickelt. Sie arbeitet auch mit den Gewerkschaften zusammen, die ehemals parteipolitisch geprägt waren, aber in den letzten zehn Jahren zunehmend autonomere Positionen einnehmen.

Die PRC ist bisher auf Landesebene in der Opposition verblieben. Bis zu dem von ihr verursachten Ende der Mitte-Links-Regierungen hatte sie diese jedoch von Fall zu Fall unterstützt und damit zu einer bislang nicht gekannten politischen Stabilität in Italien beigetragen. Das Verhältnis zur Regierungsverantwortung in einem kapitalistischen Staat ist eines der zentralen Themen in den parteiweiten Debatten der PRC und hat 1998 auch zur Abspaltung einer Gruppe Abgeordneter von der Partei geführt. Diese gründeten die Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), die sich seitdem als zweite kommunistische Partei in Italien entwickelt.¹⁸

Die PRC ist erst 12 Jahre alt, diese waren jedoch von einem sehr bewegten Leben ausgefüllt. Eine echte Entwicklung ist vollzogen worden, die auch bedeutende Qualitätssprünge mit sich brachte. Der wichtigste dieser Qualitätssprünge war der Übergang von einer Phase, in der die Partei sich vor allem im Verhältnis zum *politischen System* definierte, hin zu einer Phase, in der sie sich

¹⁷ Auszüge aus: europarot, Dezember 2003, Autor: Andreas Wehr / siehe auch: www.syn.gr

¹⁸ Auszüge aus: Disput, Mai 2004, siehe auch: www.rifondazione.it

vorwiegend im Verhältnis zu den *sozialen Bewegungen* definierte. ...

Inzwischen hatte die erste Wahlprobe bereits bestätigt, dass die PRC keine vergängliche politische Erscheinung war: Rifondazione erhielt am 5. April 1991 5,6 % der Stimmen in der Abgeordnetenkammer und 6,5 % im Senat. Dabei handelte es sich um ein bedeutendes Ergebnis (man denke daran, dass die PDS 16,1 % der Stimmen erhielt) ... Hinzu kam eine weitere Tatsache. Im Juni 1991 löste sich die Democrazia Proletaria auf (eine kleine Partei von etwa 10.000 Mitgliedern, die einzige relevante politische Organisation, die sich auf die Erfahrungen der 70er Jahre berief, auf die außerparlamentarische Neue Linke, auf die Themen der Direktdemokratie, des Umweltschutzes, des Feminismus und des Pazifismus) und entschied, der Rifondazione Comunista beizutreten. ... Auf diese Weise fügten sich zum ersten Mal die Themen der Neuen Linken der 70er Jahre in eine Organisation mit Massencharakter ein, während bis dahin die Organisations- und Wahlerfolge der Kräfte der Neuen Linken recht unbefriedigend gewesen waren. ... Die PRC entstand demnach aus einem Zusammentreffen von einer teilweise vom PCI „geerbten“ Massenbasis und heterogenen politischen Kulturen, ... die sich vorher auch bitter bekämpft hatten, dann jedoch in dem Plan übereinstimmten, in Italien eine neue kommunistische Kraft ins Leben zu rufen. ...

In der Zwischenzeit hat die Partei organisatorische Veränderungen vorgenommen: Auf dem dritten und vierten Kongress nahmen das Frauenforum und die eigene Organisation der Jugendlichen (Giovani Comunisti) Gestalt an. Die letztere spielte später eine entscheidende Rolle bei der Organisation sämtlicher antiliberalistischer Demonstrationen Europas und Italiens. Die politische Linie wurde in verschiedenen Bereichen konkretisiert: Reform der Partei hin zu einer größeren Öffnung derselben, Beziehungen zu allen Bewegungen, Vorschlag zur Einrichtung eines Forums, das die gesamte alternative Linke zusammenführt, fortgesetztes Augenmerk auch auf die Schwierigkeiten der gemäßigten Linken, um sie zu neuen Perspektiven zu drängen. Ein starkes Engagement galt auch der ideologischen Erneuerung: Bei der Begehung des achtzigsten Jahrestages der Gründung der PCI im Jahr 2001 verteidigte Fausto Bertinotti die gesamte Geschichte der Kommunisten, unterstrich jedoch auch deren Fehler und Schrecken, identifizierte im Stalinismus (als einer bestimmten Auffassung der Politik, die die Partei und den Staat gegen die Gesellschaft und die Bewegungen privilegiert) das negative Erbe, das entschieden überwunden werden muss, diesmal jedoch „von links“ und nicht „von rechts“, d.h., nicht mit der simplen Akzeptanz der liberalen Demokratie zum Nachteil des Gesellschaftskonflikts, sondern mit der Betonung der Direktdemokratie, der generellen Kritik am Kapitalismus und nicht nur an seinen rechtlichen Aspekten (Privatbesitz) sowie der Konflikte bezüglich des Umweltschutzes und der Befreiung der Frauen. ... Sie unterstrich des Weiteren, dass die Gleichwertigkeit von wirtschaftlicher Entwicklung und Fortschritt inzwischen nicht mehr gültig war und dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht länger als ein unbestreitbarer Wert angesehen werden konnte, da sie nicht mehr die Stärkung der Arbeiterklasse und der Demokratie zur Folge hatte, sondern im Gegenteil beide untergrub sowie schwere Umweltschäden verursachte. Von all diesen Versuchen, das alte kommunistische Paradigma zu überwinden, um ein neues aufzubauen, war der interessanteste vielleicht der, der sich in dem Vorschlag zusammenfasste, ein Forum der alternativen Linken aufzubauen, das diverse Parteien, Gruppen, Vereinigungen zusammenbringt und in dem die PRC keine hegemonische, sondern eine paritätische Rolle zu spielen beabsichtigte. Das war ein bedeutender Vorschlag, denn er begann das zu verändern, was den Kernpunkt der kommunistischen Identität ausmachte: die Auffassung von der Partei. ... Die Rifondazione war in allen Initiativen der Bewegung vertreten. Ihre Aktivisten spielten eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Bewegung und seiner Unabhängigkeit. Die PRC war – in Italien, aber nicht nur – die einzige Partei, die als solche im Innern der Bewegung selbst akzeptiert wurde. ...

Von Beginn an hat sich die PRC offen als ein Ort der Auseinandersetzung zwischen heterogenen politischen Kulturen gezeigt. ... Die PRC ist ... unter Mitwirkung politischer Kulturen gegründet worden, die nicht nur verschieden waren, sondern die sich ... seit der Mitte der 60er Jahre untereinander schwer bekämpft hatten und die sich nun nicht deshalb vereinten, weil sie ihre theoretischen und strategischen Meinungsverschiedenheiten überwunden hätten, sondern auf Grund des gemeinsamen Bedürfnisses, die Existenz einer kommunistischen politischen Kraft im Land zu sichern. ... Der von der PRC übernommene und ausgeübte ideologische Pluralismus könnte jedenfalls den gemeinsamen Boden liefern, auf dem man in dialektischer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Traditionen einen neuen und originellen kommunistischen Standpunkt aufbaut.¹⁹

Siehe ausführlicher auch: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Michael Brie (Hrsg.) Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien (Manuskripte 41) Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2003 (download als PDF von die website der RLS möglich!) sowie den englischsprachigen Text von Mimmo Porcaro, Communist Refoundation Party - Traditions, Innovations, Perspectives unter <http://left-parties.liquidbytes.net/index.php?id=37>.

Spanien / Vereinigte Linke (Izquierda Unida - IU)

Die Vereinte Linke Spaniens (Izquierda Unida – IU) wurde Anfang der 90er Jahre von der KP Spaniens zusammen mit mehreren linken und ökologischen Gruppen als neuer Typ einer Organisation der Linken gegründet. Bei den jüngsten Parlamentswahlen im März 2004 erreichte das Bündnis (65000 Mitglieder) 5 Prozent der Stimmen und erhielt fünf Sitze, bei den Europawahlen 4,2 Prozent und einen Sitz. Anfangs hatte die IU bis 10 Prozent der Stimmen erhalten, doch ab Mitte der 90er Jahre kam es zu Krisenerscheinungen, in deren Folge sich mehrere Gruppen abspalteten bzw. ausgeschlossen wurden. Die IU ist Gründungsmitglied der Europäischen Linkspartei und des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF). Im Internet: www.izquierda-unida.es²⁰

Die Vereinte Linke entstand 1986 im Zuge des Referendums über die Mitgliedschaft Spaniens in der NATO. Die gemeinsame, ablehnende Haltung gegenüber der NATO war für verschiedene linke Parteien und soziale Bewegungen eine wichtige Erfahrung, die zur Sammlung der Kräfte der Linken beitrug. Der Antrag zur Mitgliedschaft Spaniens in der NATO war von der sozialistischen Regierung gestellt worden, die seit 1982 mit absoluter Mehrheit regierte. Ministerpräsident war damals Felipe Gonzáles, ein enger Freund Willy Brandts. Dabei kann man durchaus zu Recht sagen, dass einer der Gründe für die Erringung der absoluten Mehrheit für die Sozialistische Partei (PSOE) in deren ursprünglichem Versprechen bestand, Spanien aus der NATO rauszuhalten. Die Linke verlor das Referendum knapp, doch positiv haften blieb die gemeinsame Erfahrung bei der Schaffung einer pluralistischen Plattform gegen die NATO. In diesem Sinne wurden wir fähig, in einer Koalition der Vereinten Linken zusammenzuarbeiten, einem Zusammenschluss von Kommunisten, linken Sozialisten, linken Republikanern, Trotzkiisten, ökologischen Bewegungen, Feministinnen, Pazifisten u.a. Im Hintergrund stand auch ein vorangegangenes politisches Experiment in Andalusien. Die Koalition „Convocatoria por Andalucía“ hatte dort unter Führung des Bürgermeisters von Cordoba, Julio Anguita, 20 Prozent erreicht.

Die Kommunistische Partei Spaniens spielte in der langen Zeit der Franco-Diktatur von 1939 bis 1977 eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Diktatur. Doch bei den ersten demokrati-

¹⁹ Auszüge aus: Mimmo Porcaro, Die Partei der kommunistischen Neugründung, Traditionen, Innovationen, Perspektiven – siehe den nachfolgenden Literaturhinweis

²⁰ vgl. Neues Deutschland, 24.9.2004

schen Wahlen erhielten wir lediglich 10 Prozent der Stimmen, weniger als angesichts der großen Anstrengungen und Opfer während der Jahre des Faschismus erwartet werden konnte. Wir hingegen glaubten, dass wir eine größere Unterstützung durch die Gesellschaft verdient hatten, doch gegen uns wurde ein entschiedener Ausgrenzungswahlkampf geführt. 1982 schließlich, als die Wahlen von den Sozialisten gewonnen wurden, erreichten wir sogar nur 5 Prozent. Die in den Jahren 1982-86 auf diesen Wahlsieg folgende Politik der sozialistischen Regierung richtete sich aber vor allem gegen die Rechte der Arbeiter. Zwei Generalstreiks waren die Folge. Im Ergebnis konnte die Vereinte Linke ihre bei den Wahlen erreichten Stimmenanteile erhöhen, bis hin zu 12 Prozent, errungen 1994.

Ich denke, dass diese Dinge erwähnt werden müssen zum Verständnis der Tatsache, dass wir, während in der Zeit zwischen 1989 und 1992 alle sozialistischen Experimente in Osteuropa und in der Sowjetunion aufgrund des Versagens des „realen Sozialismus“ niedergingen, dennoch in der Lage waren, unsere kommunistische Identität zu bewahren und zugleich mit anderen politischen Kräften zusammenzuarbeiten. Es muss ebenso erwähnt werden, dass wir, die Vereinte Linke, während der Zeit sozialistischer Regierungen, zwischen 1986 und 1996, einen Aufschwung erlebten und dabei zu ihr eine klare Gegnerschaft entwickelten. Aber als die Konservativen 1996 die Macht übernahmen, begannen wir an sozialer Unterstützung zu verlieren, bis hin zu den gegenwärtig nur noch 5,6 Prozent, errungen bei den nationalen Wahlen. Dies war der Grund dafür, warum wir zu den Wahlen im Jahr 2000, nach dem schwachen Abschneiden bei den vorangegangenen Europawahlen von 1999 mit nur 6 Prozent, unsere sehr kritische Haltung gegenüber den Sozialisten zu überdenken begannen. Auf Initiative der Sozialisten formulierten wir mit ihnen eine gemeinsame Position. Aber diese politische Kehrtwendung um 180 Grad überzeugte nicht unsere Wähler und die konservative Volkspartei gewann die absolute Mehrheit. Die linken Parteien, Sozialistische Partei und Vereinte Linke, errangen ein sehr schwaches Ergebnis.

Unsere Vorschläge für die Veränderung der spanischen Gesellschaft gehen in drei Richtungen: Stärkung der sozialen Rechte, ökologischer Umbau und Ausbau der Demokratie. Seit 1972 unterstützt die Kommunistische Partei die Schaffung eines demokratischen Europas. Sie sprach sich daher auch für den Beitritt des Landes in die Europäische Gemeinschaft aus. Heute unterstützt sie die Bildung einer europäischen Linkspartei. Das Europäische Parlament soll nach unseren Vorschlägen mehr Rechte bekommen. Wir sind der Überzeugung, dass das neoliberale Europa des Maastricht-Vertrages revidiert werden muss. Zugleich sind in die Verträge soziale Inhalte mit dem Ziel der Erreichung von Vollbeschäftigung und der Stärkung des öffentlichen Dienstes aufzunehmen. Dies bedingt die Aufhebung der Autonomie der Europäischen Zentralbank und die Streichung des Stabilitätspaktes. Wir sind der Ansicht, dass eine zukünftige europäische Verfassung die demokratischen Rechte der Bürger zu verteidigen hat. Zugleich sollte sie Ausdruck des Willens sein, dass sich Europa gegen die Hegemonie der Vereinigten Staaten ausspricht. Wir sind davon überzeugt, dass sich die EU für den Erhalt des Friedens unter voller Respektierung internationalen Rechts einsetzen sollte und zugleich die UNO als einzig legitime Instanz zur Lösung von Konflikten anzuerkennen hat.

Wir fühlen uns den Kritikern in ihrem Kampf gegen die neoliberale Globalisierung verbunden. Die Vereinte Linke hat sich aktiv an den Konferenzen von Porto Alegre als auch am Europäischen Sozialforum in Florenz beteiligt. Von großer Bedeutung war unser Engagement bei den großen Demonstrationen gegen den Krieg im Irak. Wir unterstützen alle Bewegungen, die sich gegen die imperialistische Weltordnung aussprechen, ob in der West-Sahara, in Palästina, in Kuba, Kolumbien und Venezuela.²¹

²¹ Auszüge aus: europarot, Oktober 2003, Autor: Pedro Marsset, Mitglied IU im EU-Parlament

Niederlande / Sozialistische Partei (SP)

Mit mehr als 28.000 Mitgliedern ist die Sozialistische Partei (SP) heute die viertgrößte Parteiorganisation in den Niederlanden, und die einzige, die nicht nur Wahlverein ist. Mitregierender Koalitionspartner ist sie seit März 2002 auch in zwei Städten mit über 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen, in Nijmegen und Heerlen. Trotz dieser Positionen hat sie dennoch kaum Vergangenheit und Tradition. Auf der nationalen Ebene ist sie erst seit acht Jahren parlamentarisch tätig, nachdem die zwei alten Linksparteien CPN und PSP zum Schluss gekommen waren, dass eine anti-kapitalistische Partei im 21. Jahrhundert leider nicht mehr existenzfähig sei. Mittels einer Profilierung als 'Gegen-Partei' hat sich die SP heute eine Position erworben, die rötler und grüner ist als die von Sozialdemokraten und Grünen. Als Partei der Solidarität und der gleichen Würde aller Menschen steht der Kampf gegen Steuersenkungen, Privatisierungen und Einsparungen bei der Daseinsvorsorge im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die SP lehnt die Beteiligung an der NATO und militärische Interventionen im Ausland ab. Sie schlägt die Umwandlung der Monarchie in eine Republik vor. Mit diesen Themen wird sie für ein wachsendes Publikum interessant. Angefangen hat sie mit nur zwei Abgeordneten bei den Parlamentswahlen 1994, vier Jahre später erhielt sie fünf Mandate. Bei den Parlamentswahlen am 15. Mai 2002 erreichte sie 5,9% und damit neun Mandate. Dabei konnte sie sogar die bisherige linksliberale Regierungspartei der Demokraten hinter sich lassen.

Die SP existiert seit 1972. Gegründet wurde sie als eine kleine außerparlamentarische Aufbauorganisation von Arbeitern, Studenten und ehemaligen Dissidenten der zwei alten Linksparteien. Diese Rolle spielte sie besonders im katholischen Teil des Landes, südlich der Flüsse Rhein und Maas. Eine Art von Bayern, wo die Rechte vorherrschte und Parteien links der Sozialdemokratie kaum existenzfähig waren. Die SP war damals inspiriert von der Theorie und der Praxis der chinesischen Kommunisten. Sie entwickelte sich aber bald zu einer unabhängigen Bewegung gegen Unternehmerrmacht, Umweltverschmutzung und Behördenwillkür. Sie ist eine aktive Bewegung, die seit 1974 in immer mehr Gemeinderäten vertreten ist und seit 1987 auch im Rat der südlichen Provinz Brabant. Der heutige Parteiführer Jan Marijnissen (49) hat seit Anfang der siebziger Jahre seinen Wohnort Oss zu einer Hochburg der Partei umgestaltet, wo die SP mittlerweile mit 13 Gemeinderatsmitgliedern die größte Fraktion stellt. Er profiliert sich als ehemaliger Industriearbeiter, ist aber auch durch seine Bücher und Fernsehauftritte bekannt. Aufgrund des isolierten und regionalen Ursprungs außerhalb einer Weltbewegung hat die SP keine Verbundenheit mit der Vergangenheit der UdSSR und anderer sich sozialistisch nennender Staaten. Auch andere Traditionen wie Kampflieder, Rote Fahnen und den Ersten Mai kennt sie kaum.

Auch schon vorher gab es in den Niederlanden politische Kräfte links von der Sozialdemokratie: Die kommunistische Partei CPN, gegründet bereits 1909 und die linkssozialistische PSP (Pazifistisch Sozialistische Partei). Zusammen haben CPN und PSP bei Nationalwahlen jedoch selten mehr als 6 % erreicht. In den achtziger Jahren verloren sie viele Wähler und Mitglieder an die damals oppositionelle und sich radikaliserende Sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA). Die CPN verlor ihren letzten Abgeordneten 1986. Die PSP war nach diesem Jahr nur noch mit einem Sitz im Parlament vertreten. Diese Enttäuschung hat die beiden Parteien endgültig demoralisiert und vernichtet.

1991 entschied sich eine Mehrheit der verbliebenen Mitglieder von PSP, CPN und von zwei kleinen linkschristlichen Parteien der neugegründeten Partei Grün-Links beizutreten, insbesondere weil damals die Grünen im Nachbarland Deutschland sehr erfolgreich waren. Mehrheitlich waren sie der Meinung, dass Sozialismus und Klassenkampf keine Zukunft mehr hätten in einem Zeitalter, in dem es keine Sowjet-Union mehr gibt und die Arbeiter über Auto und eigenes Haus verfügen. Zur Priorität wurde deshalb die Umgestaltung der Partei Grün Links zu einem linkslibe-

ralen und regierungsfähigen Wahlverein, der nicht nur mit Sozialdemokraten sondern auch mit Rechts koalieren könne. Linke Minderheiten waren empört und haben diese Partei innerhalb weniger Jahre verlassen, wodurch sie bald zurückfiel von mehr als 18.000 auf nur noch 11.000 Mitglieder. Aber keine der zersplitterten Gruppen von ehemaligen PSP- oder CPN-Anhängern war fähig, die aufgegebenen politischen Positionen zu übernehmen. Die Vereinigung der kampfbereiten Linken ist endgültig erst der SP gelungen. Seitdem die Sozialdemokraten wieder zusammen mit Rechts regierten und mitverantwortlich wurden für den teilweisen Abbau des Versorgungsstaats und der Daseinsvorsorge, gab es immer mehr unzufriedene ehemalige Wähler der PvdA. Die Lücke, die PvdA und Grün Links ließen, gab der SP seit 1994 die Chance, im ganzen Land die alte Rolle auf der linken Seite der Arbeiterbewegung zu übernehmen. Die Abwendung von Grün-Links vom Sozialismus war für die SP aber niemals Grund für Rache oder Sektierertum. Grün-Links und SP standen vielmehr acht Jahre lang in einer gemeinsamen Opposition gegenüber der sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalition. Für die Parlamentswahlen 2002 wurde ein technisches aber kein politisches Abkommen zwischen beiden geschlossen. Grün Links hat sich auf eine Regierungsbeteiligung zusammen mit PvdA und CDA vorbereitet. Die SP dagegen auf die Stärkung der Opposition, nun auch mit wachsender Beteiligung von Frauen, jungen Leute und Migranten.

Auf Grund des Strebens nach einer weitgehenden Basisdemokratie lehnt die SP eine hochzentralisierte und bürokratische EU ab, obwohl sie die Zusammenarbeit der Europäischen Völker zur Lösung gemeinsamer Fragen für notwendig hält. Bei den Europawahlen 1999 bekam sie 5,04 %, und damit ihren ersten Vertreter in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke.²²

Leo de Kleijn: Die niederländische SP. Ein nationales Phänomen.²³

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erhielt die niederländische Socialistische Partij (SP) 7% der Stimmen und damit zwei Abgeordnetenmandate beim zehnten erfolgreichen Abschneiden in Folge. Dies ist ein bemerkenswertes Resultat für eine Partei, die sich eindeutig links von den Sozialdemokraten und den Grünen positioniert. Der Durchbruch für die SP kam bei den Parlamentswahlen von 1994, als sie ihre ersten zwei Sitze erhielt. Mittlerweile zählt die Partei 43000 Mitglieder, neun Abgeordnete im Parlament, Hunderte Gemeinderatsmitglieder und seit den letzten Kommunalwahlen sogar einige Beigeordnete.

Die ursprünglich maoistische SP entschloss sich in den 80er Jahren, eine offenere und pluralere linke sozialistische Partei aufzubauen. Es gelang ihr, das Vakuum zu füllen, das entstanden war, als die CPN (die niederländische KP), die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) und die linkschristliche PPR sich 1989 zu GroenLinks, den niederländischen Grünen, zusammenschlossen. Die heutige SP ist eine Partei, in der Menschen mit sehr verschiedenem Hintergrund aktiv sind: von Ex-Maoisten, früheren CPN- und PSP- Mitgliedern, enttäuschten Sozialdemokraten über Aktive aus den sozialen Bewegungen bis zu revolutionären Linken. Das breite Spektrum hat dafür gesorgt, dass die Partei in den vergangenen zehn Jahren nicht nur bei Wahlen zunehmen konnte, sondern es gelang ihr auch — mehr als GroenLinks — der wichtigste politische Orientierungspunkt für Aktive aus sozialen Bewegungen und kritischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung zu werden. Das öffentliche Bild der SP ist vor allem das einer linken Partei, die sich konsequent für die Belange der Lohnabhängigen und Sozialhilfebeziehenden gegenüber den Reichen und den Berufspolitikern einsetzt. Dieses Bild war in den letzten Jahren während der größten

²² Auszüge aus europaprot, Juni 2002, Autor: Erik Meijer. Siehe auch: www.sp.nl/ / nur holländisch

²³ Der Autor ist Redakteur der marxistischen Zweimonatszeitung Grenzeloos und aktives Mitglied der SP in Rotterdam. (Übersetzung: Hans- Günter Mull) SoZ, Sozialistische Zeitung, Juli 2004, Seite 13

politischen Krise der Niederlande seit dem Ende des Krieges der Garant für ihren Erfolg. Die »Revolution Fortuyn« war neben einem Ausbruch an Fremdenfeindlichkeit auch ein massiver Ausdruck der Abkehr vom gesamten politischen Establishment. Während Fortuyn auf der Rechten einen Durchbruch bei den Wahlen erzielte, konnte auf der Linken die SP von der Krise profitieren.

Wenngleich die SP Teil der europäischen Fraktion der Vereinigten Linken (GUE/NGL) ist, bleibt die Partei im Wesentlichen doch ein »niederländisches« Phänomen. Darin liegt auch einer der Schwachpunkte ihrer Entwicklung. Das erste Europäische Sozialforum 2002 hat in der Partei nur wenig oder gar keine Aufmerksamkeit für die globalisierungskritische Bewegung hervorgerufen. Dies hängt mit dem Rückstand der Bewegung in den Niederlanden zusammen. Aber es charakterisiert auch die SP als solche: Sie fühlt sich wie ein Fisch im Wasser im Kampf für unmittelbare Belange, gegen den Abbau des Sozialstaats. Aber das Bewusstsein, dass dieser Kampf etwas mit der neoliberalen Offensive auf Weltenebene zu tun hat und eine Opposition allein auf nationaler Ebene letztendlich chancenlos ist, ist in der Partei wenig präsent. So erklärt sich auch die Neigung einer Reihe von Parteiprominenten, wie des Vorsitzenden Jan Marijnissen, die Kritik an der EU und an ihrem Verfassungsentwurf mit einer Verteidigung der nationalen Souveränität und des nationalen Parlaments zu beantworten. Die Migrantenfrage hat die SP in der Vergangenheit recht fragwürdig behandelt. In den 80er Jahren brachte die Partei eine Broschüre über die Arbeitsmigration heraus. Darin wurde dargelegt, türkische und marokkanische Gastarbeiter würden die Löhne und sozialen Rechte der niederländischen Arbeiter untergraben, weil sie unterhalb der normalen Löhne arbeiteten. Die SP stellte sich in der Broschüre eine baldmögliche Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimatländer vor. Dieser Standpunkt wurde in den 90er Jahren praktisch aufgegeben. Mittlerweile verteidigt die Partei aktiv die Rechte von Asylsuchenden und tritt für eine generelle Legalisierung sog. »Illegaler« ein. Außerdem sind zunehmend auch Migranten aktive Mitglieder der SP geworden. Aber auch jetzt noch stimmt die Parlamentsfraktion der SP für Anträge, mit denen Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern (namentlich Polen) ferngehalten werden sollen.

Die Grundsätze der SP wurden 1999 im Programm »Heel de Mens« festgelegt. Es vermittelt eine gute Vorstellung vom Charakter der Partei: sozialdemokratisch, aber links und kämpferisch. Das bedeutet auch, dass die Anhänger und Aktiven der SP zum Teil gegensätzliche Vorstellungen vertreten. Die einen wollen eine neue sozialdemokratische Arbeiterpartei als Ersatz für die PvdA, die anderen eine wirklich sozialistische Partei, die sich auf ein Programm struktureller Veränderungen und sozialer Kämpfe stützt. Gegenwärtig führen die verschiedenen Zielvorstellungen nicht zu großen Meinungsverschiedenheiten und Flügeln. Das hat verschiedene Gründe. Das enorme Wachstum der Partei — in zwei Jahren von 20000 auf 43000 Mitglieder — gibt der Parteiführung natürlich viel Kredit. Aber viel wichtiger ist das Ausbleiben sozialer Kämpfe in den Niederlanden. Seit Antritt der Regierung Balkenende leidet das Land unter einer noch nie dagewesenen rechten Offensive, die sich gegen die Reste des Sozialstaats, die sozialen Rechte, die Löhne und Renten sowie gegen das multikulturelle Zusammenleben richtet. In diesen zwei Jahren beschränkte sich die Gewerkschaftsbewegung darauf, mit dieser Regierung Vereinbarungen abzuschließen, um »Schlimmeres zu verhüten«. Die SP ist, teilweise zusammen mit GroenLinks, die einzige Kraft, die noch unter allen Umständen versucht, eine aktive linke Opposition zu bilden. Der Kampf gegen rechts führt in der SP zu Einmütigkeit. Außerdem liegt eine Beteiligung an oder Duldung einer künftigen PvdA-Regierung durch die SP außerhalb jeder Reichweite. Anders als GroenLinks wird die SP vorläufig nicht als »regierungsfähig« betrachtet.

Trotz aller Mängel ist die SP gegenwärtig in den Niederlanden neben den außerparlamentarischen Bewegungen der beste Anknüpfungspunkt, um einer sozialistischen Alternative in der Zukunft Gestalt zu geben. Ein größeres Engagement der SP in der globalisierungskritischen Bewegung

und in den Strukturen der europäischen antikapitalistischen Linken ist dabei von großer Bedeutung. Doch die wesentlichste Aufgabe für die Linke in den Niederlanden besteht darin, die Wahlerfolge der SP in einen wachsenden sozialen Widerstand umzusetzen.

Schottland / Scottish Socialist Party (SSP)

Nach den Wahlen zum Schottischen Regionalparlament im Mai 2003 stand fest, dass es einige wichtige Veränderungen in der parlamentarischen Landschaft der Region gegeben hatte. Erstens ist eine rekordverdächtig niedrige Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Damit verbunden waren sehr schlechte Wahlergebnisse für die vier bisher im Regionalparlament vertretenen etablierten Parteien. Dies schließt hohe Verluste für die Scottish National Party (SNP) mit ein. Galt diese bislang als eine Antiestablishmentpartei, so hat sie diesen Vorteil durch ihre unkritische Unterstützung für neoliberale Spar- und Privatisierungsmaßnahmen nun verloren. Zweitens verzeichneten vor allem Kleinparteien einen spürbaren Stimmengewinn. Hier ist vor allem die SSP hervorzuheben.

Der Erfolg der SSP liegt in ihrer umfangreichen Kampagnenarbeit vor den Wahlen, ihrer Opposition zum Kriegskurs der Blair-Regierung in London und Engagement in sozialen Fragen, wie bspw. die Unterstützung von streikenden Gewerkschaften, begründet. Die SSP gewann sechs neue Sitze im Schottischen Regionalparlament. Die Abgeordneten bilden nun eine Fraktion zusammen mit Tommy Sheridan, der schon vorher für die SSP im Parlament saß. Sheridan genießt hohes Ansehen in Schottland. In den frühen 90er Jahren war er führend in der Kampagne gegen die verhasste Kopfsteuer, eine Steuer, die Reichen und Armen gleich viel Geld abknöpfen sollte. Somit wurde sie für sozial schwache Menschen unbezahlbar, für Reiche machte sie nur einen sehr geringen Teil ihres Einkommens aus. Durch eine militante Nichtbezahlungskampagne wurden diese Steuern seinerzeit gekippt. Sheridan wanderte während der Kampagne ins Gefängnis. Er war Mitglied der revolutionären Organisation Scottish Militant Labour, verließ diese jedoch aufgrund verschiedener politischer Differenzen.

Die SSP entstand in den späten 90er Jahren als Nachfolgeorganisation der Scottish Socialist Alliance. Ihrem Wesen nach ist sie eine Bündnisorganisation, die verschiedene sozialistische Gruppierungen und prominente Einzelpersonen in sich vereinigt. Davon haben einige einen revolutionären Anspruch, andere nicht. Als Hauptziel gibt die SSP die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft an, was die Partei als die Abschaffung des kapitalistischen Systems sowie die Errichtung einer Ökonomie, basierend auf der Vergesellschaftung der schottischen Schlüsselindustrien sowie die demokratische Kontrolle dieser Schlüsselindustrien definiert. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, darüber besteht im Moment keine Einigkeit innerhalb der SSP.

Die SSP setzt sich für eine Vielzahl von Reformen ein. Eine Hauptkampagne ist der Kampf für kostenlose Mittagsspeisen für Schulkinder. Aufgrund hoher Arbeitslosenzahlen und niedriger Löhne können sich viele Eltern keine gesunde Ernährung ihrer Kinder leisten. Aufgrund der schlechten, oft massiv fetthaltigen Nahrung, gibt es in Schottland überdurchschnittlich hohe Todesraten durch Herzversagen. Deshalb versuchte die SSP, ein Gesetz für eine kostenlose Schulspeisung ins schottische Regionalparlament einzubringen, der Antrag scheiterte jedoch am gemeinsamen Widerstand von Labour und den Liberaldemokraten. Neben ihrer Kampagnenarbeit produziert die SSP eine wöchentliche Zeitung mit dem Titel Scottish Socialist Voice, in der ausführlich über die diversen Kampagnen sowie internationale Ereignisse wie bspw. der Krieg im Irak berichtet wird. Sie bringt oft auch Interviews mit Gewerkschaftsaktivisten. Parlamentarier oder Stadträte der SSP verdienen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Überschüssige Gehälter werden gespendet. Alle SSP-Parlamentarier geben regelmäßig öffentliche Reporte darüber ab, wieviel Geld wofür verwendet wurde. Außerdem haben sich alle SSP-Parlamentarier verpflichtet, sich regelmäßig an Aktionen zu beteiligen.

Aufgrund ihres Wahlerfolgs verzeichnet die SSP Mitgliederzuwachs, insbesondere unter radikalisierten Jugendlichen. Alles in allem hat die SSP die Chance, zu einer großen Oppositionspartei zum neoliberalen Kurs der etablierten Parteien zu werden. Auf britischer Ebene führte der Wahlerfolg zu einer Belebung der Debatte innerhalb der Gewerkschaften, ob diese sich endgültig von Labour abspalten sollten oder nicht. Rob Crow, der Generalsekretär der britischen Eisenbahnergewerkschaft, nahm Verhandlungen mit der SSP darüber auf, ob seine Gewerkschaft sich der SSP als Block anschließen könne. Würde dies geschehen, wäre dies ein historischer Schritt. Erstmals in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung hätte sich damit eine Gewerkschaft von Labour losgesagt und sich mit der SSP eine neue politische Stimme gegeben. Kurzfristig ist dieser Schritt jedoch nicht zu erwarten, dazu ist die SSP in den Augen vieler Gewerkschaftsführer noch zu klein.²⁴

JungeWelt-Interview: (Bernd Weber) mit Bill Scott von der Schottischen Sozialistischen Partei (SSP). Er kandidierte 2003 zu den schottischen Parlamentswahlen.

F: Bei den schottischen Regionalwahlen im vergangenen Jahr erreichte die SSP 7,5 Prozent der Stimmen und sechs Sitze im Regionalparlament. Wie kam es zu diesem Erfolg?

Die SSP wurde erst 1998 gegründet und umfaßte fast alle sozialistischen Gruppen in Schottland: Revolutionäre, Exkommunisten, libertäre Sozialisten, kämpferische Gewerkschafter und linke Umweltschützer. Mit dem Einzug von Parteichef Tommy Sheridan ins schottische Regionalparlament errang die SSP bei den Wahlen 1999 ihren ersten kleinen Erfolg. 2001 schloß sich dann die Socialist Workers Party (SWP) an, wodurch sowohl die Mitgliederzahl als auch der Einfluß der Partei zugenommen hat. Sheridan wandte sich im Parlament gegen die neoliberale Privatisierungspolitik, und zugleich beteiligte sich die Partei außerhalb des Parlaments aktiv an Kämpfen wie dem Streik der Feuerwehrleute oder dem Widerstand gegen den Irak-Krieg. 2003 erhöhte sich unsere Mitgliederzahl von 500 auf 3 000.

F: In Rom gründete sich vor einer Woche eine Partei der Europäischen Linken (ELP). Ist das für Sie ein ernsthafter Versuch, die sozialistische Linke zu vereinen?

Wir suchen ganz gezielt den Dialog mit allen Kräften, die zu einer offenen, demokratischen Diskussion über eine geeintere Linke in Europa, die die neuen sozialen Bewegungen repräsentiert, bereit sind. Wir sind jedoch ein wenig enttäuscht darüber, daß wir die italienische Rifondazione Comunista – zu der wir gute Beziehungen haben – nicht dazu bewegen konnten, sich mit uns, der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) in Frankreich, der portugiesischen Linken und anderen zu einem neuen linken Bündnis zusammenzuschließen.

F: Die SSP beteiligt sich am Dialog der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL). Wie schätzen Sie die Bedeutung einer europäischen antikapitalistischen Stimme sowohl im als auch außerhalb des EU-Parlaments ein?

Es ist von größter Bedeutung, eine wirklich antikapitalistische Linke zu verankern, und wir werden unsere Kräfte für den Aufbau von Bündnissen einsetzen, die alle Gegner der neoliberalen Ausbeutung und alle Kriegsgegner vereinen. Das wäre unsere erste Aufgabe im Europaparlament, wenn wir bei den Wahlen am 13. Juni erfolgreich sind. Wir sind uns aber bewußt, daß radikale Veränderungen, die wir womöglich in Schottland durchsetzen, durch das Kapital und dessen politische Repräsentanten sowie die Regeln von EU und WTO bedroht wären. Deshalb müssen wir an die Solidarität aller Antikapitalisten in ganz Europa appellieren, uns zu unterstützen und die Errungenschaften in Schottland zu verteidigen. ...

F: Welche innenpolitischen Ziele hat sich die SSP für die Zukunft gesteckt?

Eine neue Massenpartei aufzubauen, die große Teile der Arbeiterklasse mobilisieren kann, den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen und gegen die Privatisierung zu kämpfen. Wir haben einige Fortschritte gemacht. Die Transportgewerkschaft RMT war die erste Gewerkschaft, die sich von New

²⁴ Christian Bunke, Manchester, Sozialistische Zeitung, Dezember 2003

Labour losgesagt hat und ein Bündnis mit der SSP eingegangen ist. Wir wollen eine unabhängige, sozialistische Republik in Schottland, die den Wunsch der schottischen Menschen nach Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit ausdrückt. (<http://www.scottishsocialistparty.org/>)

England / Respect

Mit seinem Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den englischen Kommunalwahlen im Juni konnte das linke Bündnis RESPECT einen Achtungserfolg erzielen. Respect hat bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 2004 eine Viertelmillion Stimmen erhalten, dazu kommen 87000 Stimmen für die London Assembly und 61000 Stimmen für das Bürgermeisteramt in London. Im Londoner Bezirk Tower Hamlets erhielt Respect die meisten Stimmen von allen Parteien, und der relative Erfolg der Kampagne zeigt sich auch in den guten Resultaten, die in den Midlands und im Nordwesten erzielt wurden. Respect bekam über 7% der Stimmen in der Millionenstadt Birmingham. Natürlich war das Ergebnis regional völlig unterschiedlich. Es war schlecht in Wales und in Südost-England. Aber Respect schnitt sehr gut ab in einer Reihe wichtiger Innenstadtbezirke mit einem hohen Anteil von Menschen aus ethnischen Minderheiten, die gleichzeitig zur Arbeiterklasse gehören. Dies galt besonders für junge Muslime, von denen viele aufgrund des Fehlens einer sozialistischen Alternative zu fundamentalistischen Ideen neigen. Dass die Stimmen solcher ethnischer Minderheiten für eine linke Partei abgegeben werden, ist neu in der britischen Politik. Bislang stimmten Schwarze und Asiaten für Labour. Für die Linke bietet sich nun die Gelegenheit, aus dem Ghetto des weißen Milieus herauszukommen, in dem sie sich lange befand. Darüber hinaus erreichte Respect dieses Ergebnis, ohne seine Politik zu kompromittieren. Respect war die einzige Partei in den Wahlen, die offen und eindeutig in ihrem Wahlkampfmaterial Asylsuchende verteidigte. Dies war eine der Hauptforderungen auf den 23,5 Millionen Respect-Flugblättern, die von der Post ausgeliefert wurden. ... Was bedeutet dieses Ergebnis — ein gutes Resultat auf prinzipieller Basis — für den weiteren Aufbau von Respect? Die Resonanz auf die Wahlkampagne — hauptsächlich vermittelt durch Fernseh- und Rundfunksspots sowie durch die von der Post ausgelieferten Flugblätter — hat alle bisherigen Erfahrungen übertroffen. Respect hat viele Hunderte neuer Mitglieder gewonnen und Tausende neue Kontakte — also potenzielle neue Mitglieder. ...Für Ende 2004 plant Respect eine Konferenz, auf der ein Statut und eine Organisationsstruktur verabschiedet werden sollten. Vor allem muss sich Respect zu einer aktiven, Kampagnen führenden Organisation entwickeln, die nicht nur am Wahltag präsent ist, sondern jederzeit. Sie kann ihr Potenzial nur umsetzen, wenn sie in der Bevölkerung bekannt ist und als Dauererscheinung in der politischen Landschaft wahrgenommen wird. (Alan Thornett / Sozialistische Zeitung, August 2004)

Die Gründung von "Respect", einer breiten Koalition... ist eine neue politische Entwicklung. Sie ist für jene, die direkt an ihr beteiligt sind, also z.B. für George Galloway (bekannter ehemaliger Labour-Abgeordneter), Salma Yaqoob (Muslimin, die sich in der Antikriegsbewegung engagierte), die Socialist Workers Party und tausende ehemaliger Labouranhänger, neu. Die Socialist Alliance wurde zum Zweck einer neuen breiten, linken Alternative gegründet. Aber es ist trotz einiger guter Ergebnisse – wie dem Wahlsieg von Michael Lavalette in Preston – klar, dass sie den Anforderungen nicht genügt. In der Wahrnehmung der Menschen steht die Socialist Alliance nicht für den Widerstand gegen den Krieg. Und auf dem Wahlzettel ist sie für die meisten nicht von anderen linken Kleingruppen unterscheidbar. Es gibt daher einfach keine Alternative, als sich auf die wichtigste neue Erscheinung in der britischen (und internationalen) Politik zu konzentrieren – nämlich auf die Massen von Menschen, die gegen den Irakkrieg auf die Straßen gegangen sind. Warum auch sollten wir auf etwas anderes schauen? Wir haben gesehen, wer diese Menschen sind: Sie kommen aus allen Altersgruppen von Rentnern bis zu den Schülern, deren großartiger Beitrag viel gelobt worden ist; es sind zehntausende hunderttausende Gewerkschafter (alle

wichtigen Gewerkschaften unterstützten die Stop the War Coalition); eine neue Generation von studentischen Aktivisten, die besonders auf den Anti-Bushdemos sichtbar waren; sehr viele Muslime und andere ethnische Minderheiten; unzählige Frauen, von denen viele führende Rollen in der Koalition innehatten (unter ihnen Lindsey German von der SWP, Ghada Razuki und Salma Yaqoob und die Gruppen muslimischer Schulumädchen mit ihren Kopftüchern und Slogans); CND (die wichtigste Organisation der traditionellen britischen Friedensbewegung) und viele andere. ... Was die Bewegung noch nicht hat, ist eine politische Vertretung. Das Ziel von "Respect" ist, so viele von diesen Menschen wie möglich zu mobilisieren, um ihre eigene politische Vertretung zu schaffen. Zu diesem Zweck haben sich eine Reihe von SprecherInnen der Bewegungen zusammengesetzt und eine Erklärung der grundlegenden Prinzipien verfasst, auf deren Grundlage wir die neue Koalition bilden können. Die Erklärung wurde mit kleinen Veränderungen auf dem Gründungskongress von "Respect" im Januar 2004 angenommen. Das "Respect"-Bündnis wird ausdrücklich als linke Alternative zu New Labour aufgebaut und gründet sich auf Prinzipien, die sie klar von den sozialdemokratischen Führern in Großbritannien ... Das vornehmliche Ziel von "Respect" ist, das politische Bewusstsein, den Grad der Organisation und des Selbstvertrauens der arbeitenden Menschen dadurch zu erhöhen, dass die Möglichkeit geschaffen wird, damit zu beginnen, sich schrittweise aus der Zwangsjacke von New Labour als einziger Wahlmöglichkeit zu befreien.²⁵

Portugal / Linksblock Portugal (Bloco de Esquerda, PB)

Der portugiesische Bloco de Esquerda (Linksblock) geht auf die Initiative dreier Organisationen der radikalen Linken zurück. Eine einzige von ihnen hatte 1995 schon einmal ein Abgeordnetenmandat im Parlament: Die UDP (Demokratische Volksunion) maoistischen und proalbanischen Ursprungs, die damals auf der von der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) geschaffenen Liste CDU (Demokratische Einheitskoalition) kandidiert hatte. Die UDP war bereits nach dem Sturz der Diktatur 1975 bereits die stärkste Kraft unter den Organisationen links von der PCP und errang in den Folgejahren eine bemerkenswerte Verankerung in den sozialen Bewegungen. Sie löste sich im Laufe der 80er Jahre von ihrer proalbanischen Identität und setzte sich zunehmend für eine zu den traditionellen Linksparteien alternative Neuformierung der Linken ein.

Die Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR — Sektion der IV. Internationale) und Política XXI (eine aus 1991 ausgetretenen Mitgliedern der PCP und unabhängigen Linken gebildete Gruppe) erwiesen sich als die natürlichen Ansprechpartner. 1997 traten die drei Formationen bei Kommunalwahlen in Lissabon und in Porto gemeinsam an, wobei sie in der Hauptstadt ein Ratsmandat errangen.

1998 ergaben Debatten in den drei Organisationen und in der linken Öffentlichkeit eine breite Unterstützung für das Projekt einer neuen Formation. Die Verankerung der drei Organisationen schien komplementär zu sein: Die PSR war ziemlich populär in der städtischen Jugend und aktiv unter Studierenden und in der antirassistischen Bewegung; die UDP verfügte neben ihrer Präsenz in sozialen Bewegungen über Belegschaftsvertreter in einer Reihe wichtiger Industriebetriebe; in Política XXI fanden sich eine Reihe bedeutender linker Intellektueller wieder.

Aufgrund früherer negativer Erfahrungen mit einem »Organisationskartell« von UDP und PSR (was bei den Wahlen von 1983 zu einem Desaster geführt hatte), wollten die beteiligten Organisationen von Anfang an eine neue politische Bewegung schaffen, wofür zum Anlass der Parlamentswahlen 5000 Unterschriften erforderlich waren. Der Linksblock gründete sich entlang

²⁵ John Molineux, David Meinenreis, Socialist Review Nr. 282, Feb. 2004, www.respectcoalition.org

gemeinsamer Positionen gegen die neoliberale Globalisierung und zu den unmittelbaren Aufgaben einer Linksopposition in Portugal.

Der Text »Demokratie für den Sozialismus«, der der Neugründung zugrunde lag, trug die Überschrift »Neu beginnen« und thematisierte unter anderem die Notwendigkeit einer Vollbeschäftigung für eine Produktion im Interesse der Bedürfnisse der Menschen (statt einer Wirtschaft unter der Fuchtel von Profit und Konkurrenz). Zur Finanzierung der sozialen Bedürfnisse sollten die Vermögensteuer wieder eingeführt, das spekulative Kapital und die weit überdurchschnittlichen Einkommen entsprechend besteuert werden. Eine ebenso wichtige Rolle spielen in der Programmatik des Linksblocks die demokratischen Freiheiten und die Rechte aller mehr oder weniger benachteiligten und diskriminierten Bevölkerungsschichten.

Vier Monate nach Gründung des Linksblocks, im Juni 1999, kam der erste wahlpolitische Test mit den Europaparlamentswahlen. Obwohl Mário Soares für die sozialdemokratische PS eine oppositionelle Haltung gegenüber der NATO-Intervention in Jugoslawien zur Schau trug (die PS siegte mit 43% der Stimmen bei einer Nichtteilnahme an den Wahlen von 60%!), wobei der Linksblock — ohne die Milosevic-Führung zu unterstützen — klar gegen die kriegeserische Intervention auftrat, errang die neue linke Formation mit 65000 Stimmen auf Anhieb 1,8% (mehr als die Summe der drei bei den vorherigen Europaparlamentswahlen getrennt antretenden Gründungsorganisationen).

Vier Monate später kamen die landesweiten Parlamentswahlen. Wieder siegte die PS, verfehlte aber die absolute Mehrheit und eroberte mit 115 genau die Hälfte der Parlamentsmandate als Grundlage für die Regierungsbildung. Für den Linksblock wurden Francisco Louçã (PSR) und Luís Fazenda (UDP) aus Lissabon ins Parlament gewählt, während Miguel Portas (Spitzenkandidat des Blocks bei den vorangegangenen Europaparlamentswahlen) aus Porto sein Mandat um ca. 1500 Stimmen verfehlte. Insgesamt kam der Linksblock mit 131000 Stimmen auf 2,5%. Seine Wählerschaft war wie bisher »jung« und »großstädtisch«, doch zum ersten Mal gelang ein kleiner Einbruch in die traditionelle sozialdemokratische Wählerschaft. Die pikante Konstellation im Parlament verschaffte dem Linksblock einen besonderen Manövrierspielraum. So gelang es ihm in Fragen wie der Wiedereinführung der Vermögensteuer und im Abbau des strafrechtlichen Arsenalns gegen Drogenabhängige politische Erfolge zu erzielen und die öffentlich wahrnehmbare politische Debatte in einer Reihe wichtiger Fragen zu beeinflussen.

In der Zwischenzeit entwickelte sich der Linksblock als politische Organisation weiter. Die drei konstituierenden Organisationen spielen weiterhin eine bis zu einem gewissen Grad unabhängige Rolle, doch ist das Gewicht der Mitglieder, die seit Gründung eingetreten sind, ohne sich einer der Gründungsorganisationen anzuschließen, stetig gestiegen. Unter den Mitgliedern der drei Gründungsorganisationen hat die Erfahrung gemeinsamer Positionsbildung und des gemeinsamen politischen Kampfs Vertrauensverhältnisse geschaffen, die ebenso dazu führen, dass die heutige Realität des Linksblocks weit über eine »Addition« der Gründerorganisationen hinaus geht. Heute steht der Linksblock für die konsequente Opposition gegen die Kollaboration der Rechtsregierung mit dem Besatzerregime der USA im Irak, gegen die neoliberale Politik, gegen die Anpassung der Sozialdemokratie an diese Politik sowie gegen die von der PCP repräsentierte Nostalgie gegenüber der bürokratischen Pseudoalternative zum Kapitalismus. Er will die Hoffnung auf universale Emanzipation ohne Dogmatismus neu begründen, in enger Wechselwirkung mit den sozialen Bewegungen und dem weltweiten Protest gegen die neoliberale Globalisierung.

Die demokratischen Prozesse im Linksblock selbst stehen in Kontrast zum inneren Regime der traditionellen politischen Parteien. Er gehört — neben der Scottish Socialist Party und der französischen LCR (Sektion der IV.Internationale) zu den Gründungsorganisationen und zum »harten Kern« der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) und artikuliert eine unversöhnliche

Kritik der EU-Institutionen, des EU-Verfassungsentwurfs und jener Politik im Interesse des Kapitals, die ohne brutalen Sozialabbau, Kriegstreiberei und kulturelle Regression nicht auskommt.²⁶

²⁶ Manuel Kellner, Sozialistische Zeitung, Januar 2004 / Siehe auch: <http://www.bloco.org/index.php>

Anhang

Interessante Websites

<http://left-parties.liquidbytes.net/> (Übersicht zu Linksparteien)

<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/europa/bewegungen.htm> (Übersichten)

<http://www2.euoparl.eu.int/gue/showPage.jsp> (Linksfraktion im EU-Parlament)

www.sf.dk/index.php (Skandinavische Linksparteien)

<http://www.euroleft.org/> und <http://sozialisten.de/sozialisten/el/index.htm> (Euro Linke)

<http://www.pds-europa.de/euoparot/index.htm>

<http://www.linxxnet.de/> sowie <http://www.lavka.info/> (Schwerpunkt Osteuropa)

<http://www.inprekorr.de/> sowie <http://www.soz-plus.de/> (Trotzkisten)

<http://www.solidnet.org/> sowie <http://cominternet.org/> (Kommunistische Parteien)



In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:

Hamburger Skripte 1

Links • WählerInnen • Potenziale

Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 – vergriffen

Hamburger Skripte 2

Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik?

Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei – vergriffen

Hamburger Skripte 3

Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion" – vergriffen

Hamburger Skripte 4

Zeichen für Rosa Luxemburg

Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte – vergriffen

Hamburger Skripte 5

Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union:

Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)

Hamburger Skripte 6

Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill

Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus – vergriffen

Hamburger Skripte 7

Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis?

Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung (2,00 €)

Hamburger Skripte 8

Frieden mit der Vergangenheit?

Die beiden Wehrmachtsausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust – vergriffen

Alle Ausgaben der Hamburger Skripte können kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.